

Gewerkschaft

Organ des Gesamt-Verbandes der Arbeitnehmer der öffentlichen Betriebe und des Personen- und Warenverkehrs

Hauptschriftleitung: E. Dittmer
Berlin SO 36, Schlesische Str. 42
Fernsprecher: Amt Moritzplatz Nr. 11944

Berlin, den 5. Juli 1930

Erscheint wöchentlich am Sonnabend
Bezugspreis:
Monatlich durch die Post 50 Reichspfennig

Das Weltproblem der Arbeitslosigkeit

Niemals noch hat es in der Welt so viel Arbeitslose gegeben wie jetzt. Die amerikanischen Gewerkschaften schätzen die Zahl der Arbeitslosen in den Vereinigten Staaten auf sechs Millionen! In England und Schottland wächst die Zahl der Arbeitslosen jetzt mitten im Sommer nicht nur relativ, sondern absolut von Woche zu Woche! In Deutschland sind mehr als zwei Millionen Arbeiter und Angestellte arbeitslos — im Verhältnis zur Bevölkerungszahl nicht weniger als bei uns in Oesterreich! Die ganze Industrie der Welt wird von einer entsetzlich schweren Wirtschaftskrise erschüttert; Arbeitsstokung, Stilllegung von Betrieben, Massenarbeitslosigkeit überall. Und zugleich ist auch die Landwirtschaft überall in schwere Krise geraten. Der Arbeiter, der Angestellte sind arbeitslos, der Bauer erlangt aus dem Verkauf seiner Erzeugnisse nur noch einen sehr dürftigen Lohn für seine Arbeit — in Stadt und Land herrscht die Not! So sieht die Welt zehn Jahre nach der Stabilisierung des Kapitalismus aus!

Unmittelbar nach dem Kriege war der Kapitalismus schwer erschüttert. Die Revolution ging durch Ost- und Mitteleuropa. Die soziale Unrast war auch in den Siegerländern groß. Die Volksmassen hatten den Glauben an die kapitalistische Gesellschaftsordnung verloren. Sozialisierungsprogramme wurden in allen Ländern der Welt diskutiert. Aber der Kapitalismus hat diese schwere Erschütterung schnell überwunden. Er hat zwar den erbitterten Volksmassen mancherlei Zugeständnisse machen müssen. Aber er hat sich behauptet. Die revolutionäre Welle ebte seit 1920 ab. Überall hieß es: Schluß mit der Revolution! Ruhe, Ordnung, Wirtschaft, Arbeit, Sparsamkeit! Lasset die „Wirtschaftsführer“, die Bankmagnaten, die Industrieherrn, die Generaldirektoren nur wirtschaften — sie werden die durch Krieg und Revolution zerrüttete Wirtschaft wiederaufbauen! Die bürgerlichen Regierungen haben neue Armeen aufgerichtet, die die bürgerliche Ordnung gegen den Aufruhr der Volksmassen schützen. Die Generaldirektoren in den Betrieben haben Arbeitsdisziplin, Arbeitsorganisation wiederhergestellt. Unbeeinflusst durch alle Schwankungen der politischen Machtverhältnisse wird die Wirtschaft der Welt seit einem Jahrzehnt wieder unbestritten vom Kapitalismus beherrscht. Und das Resultat? Die furchtbarste Wirtschaftskrise, die ungeheuerlichste Arbeitslosigkeit, die schwerste Bauernnot, die die Weltwirtschaft seit den siebziger und achtziger Jahren des vorigen Jahrhunderts erlebt hat!

Hat der Kapitalismus in diesem Jahrzehnt nichts geleistet? O ja! Die technische Entwicklung ist in diesem Jahrzehnt schneller vor sich gegangen als jemals zuvor. Rationalisierung war das Gesetz dieser zehn Jahre. Wir brauchen heute

zur Gewinnung der Kilowattstunde nicht halb soviel Kohle wie vor zehn Jahren! Wir haben es in diesen zehn Jahren gelernt, Öl aus Kohle, Zucker aus Holz zu gewinnen! Die Vervollkommnung der Arbeitsmaschinen hat in diesem Jahrzehnt ungeheure Fortschritte gemacht! Die Hektarerträge des Bodens sind bedeutend gestiegen! Die Maschine hat das Bureau, das Kontor erobert! Das Auto hat das Verkehrswesen, der Traktor die Landwirtschaft umgewälzt, die Flugtechnik entwickelt sich in ungeahntem Tempo! Radio und Tonfilm haben in das Leben der Volksmassen neuen Inhalt gebracht! Und diese Umwälzung der Technik ist begleitet von nicht minder gewaltigen Umwälzungen des Arbeitsvollzugs; die „wissenschaftliche Betriebsführung“, neue Methoden der Arbeitsvorbereitung und der Akkordbemessung, die Fließarbeit und das laufende Band haben in diesem Jahrzehnt eine ungeheure Steigerung der Arbeitsintensität, der Arbeitsleistung erzwungen! Und das Resultat von alledem? Die Betriebe sind rationalisiert, aber — sie stehen still! Die Maschinen sind wunderbar vervollkommenet — aber sie werden stillgelegt, weil die Volksmassen ihre Erzeugnisse nicht kaufen können! Die Arbeitsleistung der Beschäftigten ist gewaltig gestiegen — aber Millionen sind arbeitslos auf der Straße! Die Welt strotzt von Gütern; aber die Güter sind unabsehbar! Welcher Zusammenbruch! Welche Katastrophe!

Ist die Demokratie schuld? In faschistischen Ländern wie Italien, Polen, Ungarn ist die Wirtschaftskrise nicht minder schwer und tief als in den Ländern der Demokratie! Sind die Gewerkschaften schuld? In den Stahlwerken, den Autofabriken Amerikas gibt es keine Gewerkschaften — sie stehen still! Ford selbst sperrt seine Betriebe! Sind die „sozialen Lasten“ schuld? Die Krise wütet in Amerika, wo es keine Arbeiterversicherung gibt, sie wütet in Italien, wo die Arbeiter nicht einmal eine Krankenversicherung haben, nicht weniger als in England, Deutschland, Oesterreich. Siegerländer wie England und besiegte Länder wie Deutschland, demokratische und faschistische Länder, Länder mit starker Arbeiterbewegung und Länder ohne Arbeiterbewegung — sie sind alle gleich betroffen! Nein, das ist nicht die Krise irgendwelcher politischer Institutionen, irgendwelcher sozialer Einrichtungen — das ist die allgemeine Krise des ganzen Systems, das die Weltwirtschaft beherrscht, ist der Bankrott der ganzen kapitalistischen Wirtschaftsordnung!

Alle die inneren Widersprüche der kapitalistischen Gesellschaftsordnung klaffen furchtbarer auf als jemals zuvor. Welche Gesellschaftsordnung, in der reicher Ernteseiger zum Fluche derer wird, die den Boden bearbeiten! Welche Gesellschaftsordnung, in der der wunderbarste Fortschritt der Technik, die gewaltigste Steigerung der schöpferischen Kraft der

menschlichen Arbeit, statt die Arbeitsbürde aller zu erleichtern und die Lebenshaltung aller zu erhöhen, Millionen aus den Betrieben hinausgeschleudert in Elend und Not! Wir haben die wunderbarsten Betriebsanlagen, Maschinen, Apparate — wir lassen sie stillstehen, obwohl Millionen Arbeitslose glücklich wären, in diesen Betrieben, an diesen Maschinen schaffen zu können! Wir lassen Millionen arbeitswilliger Menschen un- freiwillig müßig gehen, obwohl wir die Betriebsanlagen und die Maschinen haben, an denen sie schaffen könnten, und, obwohl die Speicher übervoll sind von Rohstoffen, die sie verarbeiten könnten! Wir lassen Millionen hungern und darben, obwohl sie, wenn man sie nur arbeiten ließe, alles schaffen könnten, was sie brauchen! Kann eine Gesellschaftsordnung deutlicher, anschaulicher, furchtbarer ihre Unfähigkeit beweisen, die Lebensbedürfnisse der Völker zu befriedigen, den aus der technischen Entwicklung, aus den Siegen des Menschengenies über die Natur quellenden Segen zu nützen, die Menschheit aufwärts zu führen?

Der Kapitalismus fühlt es: diese Erfahrung muß die Völker zur Erkenntnis seiner Unfähigkeit, seines Bankrotts führen; um so wilder, um so brutaler tobt er gegen den „Margismus“. Der Kapitalismus sieht seine Profite in der Krise zusammenbrechen. Er sucht sie zu retten durch den Druck auf die Löhne. Aber wenn er durch Lohndruck die Kaufkraft der Massen zerstört, verschärft er die Krise erst recht! Der Kapitalismus weigert sich, seine Opfer zu erhalten. Er

schreit gegen die sozialen Lasten. Er möchte die Arbeitslosenversicherung demolieren. Aber wenn es ihm gelänge, würde er nur das Ventil zerschlagen, das noch die Explosion des von höchst gespannter sozialer Not vollen Kessels verhindert! In seiner Ausweglosigkeit greift der Kapitalismus schließlich zur Gewalt, bewaffnet er Banden gegen seine Opfer, wirft er sich dem Faschismus in die Arme. Es wird auch das ihm nichts nützen. Eine Gesellschaftsordnung, in der Millionen in Not und Elend zugrunde gehen sollen, nicht weil es an Gütern fehlt, sondern weil es Güter in schwellender Fülle gibt, ist gerichtet; sie werden auf die Dauer keine Bajonette und keine Gewehre retten!

Es ist furchtbares Schicksal, das heute in aller Welt Millionen Arbeitslose erleben. Aber die Not der Arbeitslosigkeit darf uns nicht kleinmütig, verzagt, hoffnungslos machen. Im Gegenteil! So furchtbar diese Not ist, sie ist doch nur ein Anzeichen, daß die Zeiten der kapitalistischen Ordnung zu Ende gehen! So entsetzlich die Schmerzen unserer Zeit — sie sind nur die Wehen der alten kapitalistischen Weltordnung, die mit der neuen, mit der sozialistischen, schwanger geht. Wir erleben es jetzt furchtbarer denn je, was der Kapitalismus bedeutet. Und darum jede Faser unserer Nerven, jede Minute unseres Lebens, unsere ganze Kraft an die einzige, die höchste Aufgabe, diese Gesellschaftsordnung, der heute Millionen Arbeitslose fluchen, zu überwinden, damit unsere Kinder zumindest von ihrem Fluche befreit werden! W. A.-3tg.

Kundgebung des Hauptverbandes deutscher Krankenkassen gegen den Gesetzentwurf zur Verschlechterung der Krankenkassenleistungen

Am 26. Juni d. J. beschäftigte sich der Reichsrat mit dem Entwurf eines Gesetzes über Änderungen in der Krankenversicherung. Dieser Entwurf soll auf dem schnellsten Wege dem Reichstag zur Verabschiedung zugeleitet werden. Dieses Schnellzugstempo muß insofern Befremden hervorrufen, als schon seit Jahr und Tag vom Hauptverband Deutscher Krankenkassen eine Reform der Krankenversicherung verlangt, aber immer verschleppt worden ist. Der Hauptverband Deutscher Krankenkassen E. V. hat sich deshalb veranlaßt gesehen, am 26. Juni 1930 eine Kundgebung sämtlicher ihm angehörenden Kassen zu veranstalten. Der Vorsitzende des Hauptverbandes, Helmut Lehmann, zerpfückte den im Reichsrat zur Behandlung stehenden Entwurf und wies insbesondere darauf hin, daß es die Ärzte waren, die den Boden für diesen Entwurf vorbereitet haben. Die Untragbarkeit des Entwurfs sowohl für die Krankenkassen als auch für die Versicherten zeigt sich im besonderen darin, daß 1. der Versicherte für die Zukunft für jeden Krankenschein 1 Mk. bezahlen soll (der Reichsrat hat diesen Betrag auf 50 Pf. herabgesetzt), daß 2. für jedes Medikament eine Pauschale von 50 Pf. erhoben wird und daß 3. der Einfluß der Versicherten ganz wesentlich herabgemindert werden soll. Zwar sieht der Entwurf vor, daß die Familienhilfe für die Zukunft Pflichtleistung der Krankenkassen werden soll. Jedoch wird diese scheinbare Verbesserung dadurch illusorisch gemacht, daß auch die Familienangehörigen sich den Krankenschein für 1 Mk. kaufen müssen.

Die Bezahlung der Medikamente wirkt sich in folgender Weise aus: Jede Arznei kostet im Reichsdurchschnitt gesehen 1,10 Mk. Muß nun der Versicherte für jedes Medikament eine Pauschale von 50 Pf. zahlen, so bedeutet das, daß von einer Gewährung der Medikamente auf Kosten der Kasse nicht mehr gesprochen werden kann, sondern daß die Versicherten lediglich einen Zuschuß in Höhe von etwa 50 Proz. erhalten. Würde dieser Entwurf Gesetz werden, so würden die Ersatzkassen, die von dem Gesetz nicht erfaßt werden sollen, insofern das beste Geschäft machen, als eine Abwanderung aus den Orts- und Landkrankenkassen in die Ersatzkassen erfolgen würde.

Daß diese Maßnahmen nicht geeignet sind, der Hebung der Volksgesundheit zu dienen, bedarf keiner weiteren Erörterung. Lehmann hat vollständig recht, wenn er mit aller Deutlichkeit zum Ausdruck brachte, daß dieser Gesetzentwurf die gesundheitspolitischen und sozialhygienischen Gesichtspunkte völlig außer acht lasse und einzig und allein vom finanzpolitischen Standpunkt diktiert sei. Beachtenswert ist, daß in der Diskussion sämtliche Ver-

treter, sowohl die Arbeitgeber als auch die Arbeitnehmer, den Entwurf ablehnten. Auch der Vertreter der Reichssektion Gesundheitswesen unseres Gesamtverbandes wies darauf hin, daß der jahrelange unfruchtbare Kampf der bürgerlich eingestellten Ärzte, der sich nicht nur gegen die Krankenversicherung als solche, sondern auch gegen die Versicherten gewandt habe, schuld an diesem Gesetzentwurf sei. Er begrüßte es unter diesen Umständen ganz besonders, daß ein Kreis von Ärzten den Weg zur freien Gewerkschaft gefunden habe und auf diese Art versuchen wolle, gemeinsam mit den Krankenkassen Mittel und Wege zu finden, die alle berechtigten Wünsche der Verwirklichung nahe bringen. Auch er bezeichnete den Gesetzentwurf als ein Notopfer auf Kosten der Volksgesundheit, das von den Gewerkschaften auf das entschiedenste abgelehnt werden müsse. Die vom Hauptverband Deutscher Krankenkassen eingebrachte, nachstehend abgedruckte Entschliebung wurde einstimmig, also auch mit den Stimmen der Arbeitgeber, angenommen.

„Die am 26. Juni 1930 in Berlin zu einer Kundgebung versammelten Landesverbände des Hauptverbandes deutscher Krankenkassen erheben namens der von ihnen vertretenen zwölf Millionen Versicherten schwerste Bedenken gegen den von der Reichsregierung vorgelegten Entwurf eines Gesetzes über Änderungen in der Krankenversicherung. Der Entwurf läßt die seit Jahren von den in der Krankenversicherung tätigen Arbeitgebern und Versicherten aufgestellten Reformvorschläge grotzenteils unberücksichtigt. Statt dessen bringt er eine Einschränkung der Leistungen, insbesondere durch die Arzneikostenbeteiligung und die Krankenscheinegebühr, die schon durch ihre Häufung untragbar ist. Die vornehmste Aufgabe der Krankenversicherung, den Kranken schnelle und stets bereite Hilfe zu bringen, wird gerade da, wo sie am nötigsten ist, vereitelt. Die in dem Entwurf vorgeschlagene Reform der Kassenärztlichen Dienste und die beabsichtigten Verwaltungsvereinfachungen sichern völlig die von der Reichsregierung als notwendig bezeichneten Einsparnisse. Die geplante weitere Beschränkung des Selbstverwaltungsrechts ist ungerechtfertigt und nur geeignet, eine gesunde Weiterentwicklung der Krankenkassen zu stören. Dagegen läßt der Entwurf die dringend notwendige Vereinfachung in der Organisation durch Beseitigung der Zwergklassen und durch Bildung von Pflichtkassenverbänden bebauerlicher Weise vermissen. An den Reichstag richten die Versammelten die dringende Bitte, ihre auf Grund jahrzehntelanger tätiger Mitarbeit kundgegebenen Wünsche nicht unberücksichtigt zu lassen. Sie fordern eine gründliche Umgestaltung dieses Gesetzentwurfs zu einer den sozialen Bedürfnissen der Versicherten gerecht werdenden Reform der Krankenversicherung.“

Paul Lepp.

Die Gewerkschaften sind kampfbereit!

Dem deutschen Unternehmertum ist zurzeit wieder einmal stark der Kamm geschwollen. Nicht nur, daß ihm zuliebe die gegenwärtige Reichsregierung einen Gesetzentwurf ausgearbeitet hat, der bei seiner Annahme im Reichstage den Arbeitern untragbare Lasten für die Krankenversicherung bringen würde, verlangen auch der Präsident der Reichsbahngesellschaft, C. F. v. Siemens, und die Deutsche Volkspartei die parlamentarische Vertretung der Schwerindustrie nicht weniger als einen Lohnabbau auf gesetzlichem Wege. Die „Gewerkschafts-Zeitung“ des ADGB, die zu diesen ungeheuerlichen Plänen Stellung nimmt, erinnert daran, daß dieses verlangte gesetzliche Eingreifen in laufende Tarifverträge schon ihren Vorgänger hatte in der „berühmten“ Arbeitszeitverordnung vom 21. Dezember 1923. Die „Gewerkschafts-Zeitung“ stellt fest, daß die Unternehmer damals keineswegs voll auf ihre Kosten gekommen sind; denn diese Verordnung hatte zur Folge, daß bereits im Jahre 1924 nicht weniger als 1581 Streiks geführt wurden, an denen sich 641 075 Personen beteiligten, die sich die Deutsche Volkspartei, die parlamentarische Vertretung der kamen noch 392 von den Unternehmern verhängte Aussperrungen, wovon 976 936 Arbeitnehmer betroffen wurden. „Durch die Streiks des Jahres 1924 gingen nach den Ermittlungen der amtlichen Statistik 13 Millionen, durch die Aussperrungen 22,6 Millionen Arbeitstage verloren. Ein Verlust von 35 Millionen Arbeitstagen war also der Effekt des gesetzlichen Gewaltstreiches gegen den Achtstundentag, und zwar ohne daß das von den Urhebern dieser Aktion als wünschenswert angesehene Ziel erreicht wurde. Zahlreiche Äußerungen aus Unternehmerkreisen ließen seinerzeit deren höchste Unzufriedenheit mit dem — gemessen an ihren Bestrebungen — geringen Umfang der erzielten Verlängerung der Arbeitszeit erkennen. Mit Genugtuung konnten die Gewerkschaften, rückblickend auf die Kämpfe des Jahres 1924, feststellen, daß ihr Widerstand gegen die geplante Arbeitszeitverlängerung in hohem Maße erfolgreich war — trotz der Hilfe, die das amtliche Schlichtungswesen den Unternehmern damals leistete.“

Die „Gewerkschafts-Zeitung“ prophezeit mit Recht, wenn nach dem Vorbilde von 1923/24 nunmehr auch ein gesetzlicher Lohnabbau vorgenommen werden sollte, die Wirtschaftskämpfe noch viel heftiger entbrennen würden, als damals. „Denn 1924 standen die Gewerkschaften mit geschwächten Kräften im Kampfe. Die Zahl ihrer Mitglieder war stark zusammengeschnitten, ihre Kassenbestände in der Inflation völlig dahingeschwunden. Das hat sich, wie unsere Gegner wissen, inzwischen sehr zugunsten einer Steigerung der Machtmittel der Gewerkschaften gewandelt. Und daß die Gewerkschaften alle diese Machtmittel erschöpfen würden in einem Kampfe um den Lohn, wie er bei einer Verwirklichung jener — von Herrn v. Siemens übernommenen — Gewaltidee der Deutschen Volkspartei entbrennen würde, dessen mögen die Urheber und Freunde dieser Idee gewiß sein.“

Wie bekannt, haben inzwischen auch Verhandlungen stattgefunden zwischen den Spitzenverbänden der Arbeitnehmer und der Arbeitgeber. Diese sind am 24. Januar fortgesetzt worden. Dabei haben die Vertreter des ADGB folgende Erklärung abgegeben:

„Die Besprechungen zwischen den Spitzenverbänden des Unternehmertums und der Gewerkschaften sind ausgegangen von dem Gedanken, für die Erwerbslosen in Gestalt einer Sonderzuwendung an die Arbeitslosenversicherung Hilfe zu bringen. Diesen Gedanken haben wir lebhaft begrüßt.

— Ferner sollte in gemeinsamer Aussprache geprüft werden, welche Ursachen der Arbeitslosigkeit zugrunde liegen, und es sollte versucht werden, Wege zu finden, die aus der Wirtschaftskrise herausführen. Die Senkung der Selbstkosten der Produktion sollten hierbei im Vordergrund der Beratungen stehen. — Des Weiteren sollte die Senkung der Ausgaben der Haushalte von Reich und Ländern und damit die Möglichkeit der Senkung der allgemeinen Steuerlasten besprochen werden. — Wir erklären uns bereit, an der Senkung der Selbstkosten der Produktion mitzuarbeiten, unter der Voraussetzung, daß die Preise gesenkt, die überhöhten Gewinnspannen im Handel vermindert und die Kaufkraft des arbeitenden Volkes nicht geschmälert, sondern in der Folge erhöht wird. — Dieser ursprüngliche Plan wurde jedoch illusorisch gemacht durch die Entscheidung der Konferenz des Unternehmertums vom 3. Juni, die zu einer neuen Formulierung des Standpunktes des Unternehmertums führte. Diese neu formulierte Erklärung bedeutete eine Verschiebung der Verhandlungsbasis und wurde dadurch für die Gewerkschaftsvertreter unannehmbar. — Aber auch eine von den Gewerkschaften als gemeinsame Erklärung vorgeschlagene neue Formulierung wurde von den Unternehmervertretern als unannehmbar bezeichnet. Einer gemeinsamen Erklärung war dadurch der Boden entzogen. — Ein Versuch der Weiterverhandlung über einzelne Fragen wäre vielleicht nicht ohne Erfolg gewesen, wenn nicht Ereignisse eingetreten wären, die von der Öffentlichkeit in Zusammenhang mit diesen Verhandlungen gebracht und als deren Ergebnisse gewertet wurden; als erstes die Verbindlichklärung des Schiedspruchs von Deynhäusen, der den Lohnabbau zur Voraussetzung des Preisabbaus in der Schwerindustrie machte, ferner die Anträge der politischen Vertretung des Unternehmertums im Reichstage, der Deutschen Volkspartei, die auf einen Lohnabbau hinfielen. Nicht minder muß es in höchstem Grade befremden, daß der Vorsitzende des Verwaltungsrates der Deutschen Reichsbahngesellschaft, Herr von Siemens, ungeachtet der Verhandlungen der Spitzenverbände sich in einem Schreiben an die Reichsregierung gewandt hat, in dem unter Hinweis auf die kritische Lage der Reichsbahn unzweideutig ein Lohn- und Gehaltsabbau gefordert wird, um Tarifserhöhungen zu vermeiden. Wenn einflussreiche Unternehmervertreter für ein öffentliches Unternehmen im Augenblicke der Verhandlungen der Spitzenverbände solche Vorschläge machen, so sind damit die Aussichten auf erfolgreiche Weiterverhandlungen unmöglich. Die Masserkündigungen in der Nordwestlichen Gruppe deuten gleichfalls darauf hin, daß mit einer dem Wohle von Volk und Wirtschaft dienenden Fortsetzung der Verhandlungen nicht gerechnet werden könne. Dazu kommt noch die Nachricht, daß die Firma Krupp in Essen, trotz des Deynhäuser Schiedspruchs, den Antrag auf Entlassung von 7 Proz. ihrer Belegschaft stellt, also trotz Lohn- und Preisabbau die Arbeitslosigkeit noch erheblich vermehren will. — Zudem haben die alarmierenden Mitteilungen der Presse, die den Zweck der gemeinsamen Verhandlungen häufig völlig entstellten, eine Atmosphäre geschaffen, die statt Vertrauen in der breiten Öffentlichkeit Mißtrauen hervorriefen. — Wir halten es daher nicht für zweckmäßig, die Verhandlungen fortzusetzen, weil die psychologischen Voraussetzungen, eine gemeinsame Aktion zum Wohle der deutschen Wirtschaft durchzuführen, nicht mehr gegeben sind.“

Die Vertreter der Arbeitgeber konnten sich dem Eindruck der Schwierigkeiten, die den weiteren Verhandlungen entgegenstehen, nicht entziehen, waren aber der Meinung, daß es zweckmäßig sei, an anderer Stelle die Fragen der Wirtschaftskrise und Arbeitslosigkeit weiter zu besprechen. Man einigte sich schließlich auf folgenden Weg:

„Die Vertreter der Spitzenverbände der Arbeitnehmer und Arbeitgeber sind bei Fortsetzung ihrer Verhandlungen über Wirtschaftskrise und Arbeitslosigkeit zu dem Ergebnis gelangt, daß es notwendig sei, diese Fragen im vorläufigen Reichswirtschaftsrat, in dem sämtliche Wirtschaftszweige vertreten sind, zu erörtern. Die dazu erforderlichen Schritte sind bereits eingeleitet.“

Hoffentlich sind bis dahin die Unternehmer von ihrem hohen Roß wieder herabgestiegen, damit vernünftig mit ihnen verhandelt werden kann.

Wieviel Gebrechliche hat Deutschland?

Das Statistische Reichsamt hat eine ziemlich genaue Erhebung über die Zahl der in Deutschland vorhandenen Gebrechlichen durchgeführt, deren endgültige Ergebnisse jetzt veröffentlicht werden. Die Notwendigkeit solcher Feststellungen ergab sich um so mehr, da durch den Krieg und seine Folgen eine beträchtliche Erhöhung der Gebrechlichenzahl eingetreten ist. Das Ergebnis ist denn auch erschütternd und zeigt uns, welche ungeheure Arbeit zu vollbringen ist, um das Leben diesen Menschen zu erleichtern. Mit der Haupterhebung und der Ausfüllung der vorgeschriebenen Zählkarten waren die Wohlfahrts- und Fürsorgebehörden für die in den Anstalten untergebrachten Gebrechlichen die Anstaltsleiter betraut. In den kleinen Gemeinden wurden die Feststellungen auch von den Gemeindevorständen gemacht. Bei der Feststellung der Gebrechlichen und ihrer Ursachen waren zum Teil Fachärzte beteiligt. So ist es möglich gewesen, über die Art des Gebrechens und deren Ursachen einen Ueberblick zu gewinnen. Im ganzen Deutschen Reich mit Ausnahme Württembergs,

wo die Feststellungen auf Schwierigkeiten gestoßen und daher noch nicht abgeschlossen sind, wurden insgesamt 677 808 Gebrechliche gezählt. Auf je 10 000 Einwohner entfallen demnach 133,3 Gebrechliche. Von ihnen waren:

	Männlich	Weiblich	Zusammen
Blinde	18 242	13 313	31 555
Taubstumm und ertaubt	22 393	20 252	42 645
Körperlich-gebrechlich	292 125	117 083	409 208
Geistig-gebrechlich	110 316	107 072	217 388

Es waren vorhanden 430 639 männliche und 247 169 weibliche Gebrechliche; auf je 10 000 der männlichen Bevölkerung entfallen 148,7, auf je 10 000 der weiblichen Bevölkerung 80,0 Gebrechliche. Durch den Krieg hatten sich ihr Gebrechen zugezogen 2411 Blinde, 835 Taubstumme und Ertaubte, 139 939 körperlich Gebrechliche und 6303 geistig Gebrechliche. Das starke Ueberwiegen der blinden und vor allem der körperlich gebrechlichen Männer über die Frauen ist

auf den Krieg und die erhöhte Gefährdung durch Berufstätigkeit zurückzuführen. Tatsache ist, daß die Betriebsunfälle in den letzten Jahren bedeutend zugenommen haben, auch die Nerven-erkrankungen sind häufiger. Auf je 10 000 Einwohner entfallen nach der Erhebung:

	Männlich	Weiblich	Zusammen
Blinde	6,3	4,3	5,3
Taubstumme und Ertaubte	7,7	6,6	7,1
Körperlich-Gebrechliche	100,9	37,9	68,4
Geistig-Gebrechliche	38,1	34,7	36,3

Bei der Volkszählung im Jahre 1910 wurden in Preußen 39 Geistesranke und Schwachsinnige auf 10 000 Einwohner ermittelt. Die Zahl ist heute geringer, was das Statistische Reichsamt darauf zurückführt, daß viele außerhalb der Anstaltspflege lebende Geistesranke nicht mitgezählt wurden. Eine tatsächliche Verringerung dürfte nicht eingetreten sein.

Besondere Beachtung verdienen die Mehrfach-Gebrechlichen. Im ganzen wurden 22 517 Personen gezählt, die gleichzeitig an verschiedenen schweren Gebrechen litten. Unter diesen sind am zahlreichsten die Personen mit gleichzeitig schweren körperlichen und geistigen Gebrechen, nämlich 8622 männliche und 7172 weibliche. Im einzelnen fanden sich folgende Kombinationen der verschiedenen schweren Gebrechen:

	Anzahl	Proz.
Blindheit und Taubstumm oder Taubheit	422	1,9
Blindheit und schwere körperliche Gebrechen	1 378	6,1
Blindheit und geistige Gebrechen	1 107	4,9
Taubstumm und schwere körperliche Gebrechen	1 031	4,6
Taubstumm und geistige Gebrechen	2 324	10,3
Schwere körperliche und geistige Gebrechen	15 794	70,2
Blindheit, Taubstumm oder Taubheit und schwere körperliche Gebrechen	42	0,2
Blindheit, Taubstumm oder Taubheit und geistige Gebrechen	72	0,3
Blindheit, schwere körperliche u. geistige Gebrechen	139	0,6
Taubstumm oder Taubheit und schwere körperliche und geistige Gebrechen	208	0,9

Insgesamt waren 12 200 männliche und 10 317 weibliche Mehrfach-Gebrechliche vorhanden. Davon entfallen auf Preußen 7 785 männliche und 6 396 weibliche. Ueber die Religionszugehörigkeit der Gebrechlichen heißt es, daß 440 511 evangelisch, 207 806 katholisch, 5170 israelitisch, 12 432 sonstige und 5575 unbekannt waren. Die Art der Unterbringung ist verschieden. Bei den Geistig-Gebrechlichen befanden sich 60,7 Proz. in Anstaltspflege. Im eigenen Haushalt lebten 276 983 Gebrechliche, bei Eltern, Verwandten und Bekannten 216 055, in fremder Familie, als Zimmerambmieter und Schlafgänger 18 392, in Anstalten 157 659 und unbekannter Art 2405. Auf die einzelnen Länder verteilen sich die Gebrechlichen dem Geschlechte nach wie folgt:

	Männliche		Weibliche	
	Anzahl	auf 10 000 Einwohner	Anzahl	auf 10 000 Einwohner
Preußen	269 580	145,5	153 413	78,1
Bayern	56 305	158,4	34 139	89,2
Sachsen	34 289	144,6	20 288	77,4
Baden	18 396	164,9	10 090	84,3
Thüringen	12 242	157,6	6 846	82,2
Hessen	9 315	142,0	5 163	74,7
Hamburg	7 589	137,6	4 572	76,1
Mecklenburg-Schwerin	5 279	159,3	3 097	90,4
Oldenburg	3 826	141,6	2 214	80,5
Braunschweig	4 322	178,9	2 437	93,6
Anhalt	2 960	173,5	1 595	88,4
Bremen	2 603	157,8	995	57,2
Lippe	2 231	229,5	1 381	138,5
Lübeck	806	131,0	434	65,3
Mecklenburg-Strelitz	896	165,7	505	89,9

Es ergibt sich daraus, daß der Freistaat Lippe den höchsten Prozentsatz an Gebrechlichen hat, Lübeck dagegen den niedrigsten. Inwieweit diese ungleiche Verteilung auf gewerbliche oder andere Verhältnisse zurückzuführen ist, wäre zur Beurteilung außerordentlich bedeutungsvoll. Es läßt sich ganz gut denken, daß im Ruhrgebiet oder in typischen Heimarbeiterbezirken der Prozentsatz der Gebrechlichen höher ist als in Ostpreußen. Dieses Ergebnis ist allerdings stark beeinflusst von den Kriegsfolgen, so daß es eine objektive Beurteilung nicht zuläßt.

Es wäre noch zu erwähnen das Alter und der Familienstand der Gebrechlichen. Unter 5 Jahren waren alt 6810, von 5 bis

unter 10 Jahren 17 805, von 10 bis unter 20 Jahren 79 273, von 20 bis unter 30 Jahren 103 364, von 30 bis unter 40 Jahren 153 970, von 40 bis unter 60 Jahren 200 575 und über 60 Jahren 109 697. Ledig waren 350 411, verheiratet 264 274 und verwitwet, geschieden- oder getrennt lebten 56 809. Am stärksten überwiegen die Ledigen bei den Geistig-Gebrechlichen; unter diesen waren immerhin ein Viertel von beiden Geschlechtern verheiratet oder verheiratet gewesen. Von den männlichen Gebrechlichen waren mehr als die Hälfte, nämlich 51,6 Proz., von den weiblichen dagegen nur 18,3 Proz. verheiratet. Es zeigt sich daran, daß die weiblichen Gebrechlichen schwer einen Mann bekommen können.

Aus unserer Bewegung

Tagung der Reichsfachgruppe Berufsfeuerwehr im Gesamt-Verband. Der Verband Deutscher Berufsfeuerwehrmänner, seit 1. Januar 1930 Reichsfachgruppe im Gesamt-Verband, hielt vom 17. bis 20. Juni in Stuttgart seinen ersten Reichsfachgruppentag ab. (In „Berufsfeuerwehr“ wird darüber ganz ausführlich berichtet.) Zur Tagung waren Vertreter der Stadtgemeinde Stuttgart, des Bundesvorstandes des ADB, der Bruderorganisationen der Schweiz, Dänemarks und Norwegens, der örtlichen gewerkschaftlichen Spitzenorganisationen und des Verbandsvorstandes erschienen. Reichsleitung und Bezirke der Reichsfachgruppe waren durch 85 Teilnehmer vertreten. Branddirektor Müller begrüßte die Teilnehmer im Namen der Stadt, Kollege Engelhardt im Namen der Ortsverwaltung Stuttgart des Gesamt-Verbandes. Die gewerkschaftlichen Vertreter überbrachten die Grüße ihrer Organisationen. — Bei dem Bericht der Reichsleitung, den der Vorsitzende, Kollege Grollmus, erstattete, wurde einstimmig anerkannt, daß die Ueberführung des Verbandes Deutscher Berufsfeuerwehrmänner in den Gesamt-Verband in allen Teilen als vorbildlich bezeichnet werden könne und die erprobte Arbeit der Reichsfachgruppe DDB im Gesamt-Verband zum Wohle der Mitglieder der Reichsfachgruppe gesichert sei. Von den Referaten, die auf der Tagung gehalten wurden, heben wir hervor: Professor Dr. Benno Chajes, Berlin, „Gemeindebeamtenbesoldung und Feuerwehrtätigkeit“. Der Referent betonte insbesondere, daß auch für die Besoldung des Feuerwehrpersonal als Anerkennung finden müsse, daß die Anforderungen des Berufes für das Feuerwehrpersonal besonders schwere sind und daß dieser Tatsache bei Festsetzung der Besoldung Rechnung getragen werden müsse. Eine schematische Personalverminderung sei im Feuerwehrberuf einfach unmöglich. — Zum Beamtenvertretungsgesetz führte Verbandssekretär Maik aus, daß Hauptbeamtenräte für Gemeindebeamte, Einspruchsstellen in allen Streitfällen, in denen sich die Meinung der Beamtenvertretung und des Dienstvorgesetzten nicht decken und Erweiterungen der Aufgaben der Beamtenvertretung dringendes Erfordernis seien. — Ueber „Young-Plan, Finanzwirtschaft und Beamtenbesoldung“ sprach Kollege Lengsdorff. Er verwies darauf, daß die Vorstöße der derzeitigen Reichsregierung der Beamtschaft die Augen darüber öffnen müssen, daß sie mit der übrigen Arbeitnehmerschaft auf Gebel und Verderben verbunden ist. Die Reichsregierung folge in ihren Vorschlägen über Lohnabbau und Abbau der Sozialversicherung sowie der Beamtengehälter, den Weisungen der Unternehmerverbände. Der Beamtschaft stehe das Unternehmertum ebenso feindlich gegenüber, wie der übrigen Arbeitnehmerschaft. Daraus müsse die Beamtschaft die notwendige Schlussfolgerung ziehen. — Ueber „Berufsmäßigen Feuerchutz“ sprach Verbandssekretär George. Er betonte, daß der berufsmäßige Feuerchutz geschlich nicht verankert sei. Die notwendigen Feuerlöschrichtungen zu schaffen, sei Aufgabe der Gemeinden. Die Gewerbeordnung verpflichte zwar in § 120a den Gewerbeunternehmer diejenigen Vorrichtungen herzustellen, die zum Schutze der Arbeiter gegen Gefahren aus Fabrikbränden erforderlich sind. Die Verpflichtung, das für die Ueberwindung dieser Gefahren notwendige Personal berufsmäßig bereitzustellen, sei jedoch zum erstenmal in der Verordnung des preußischen Innenministers über die Feuericherheit in den Warenhäusern vom 26. Juni 1929 enthalten. Forderungen der Gewerkschaft auf erträgliche Regelung der Arbeitsverhältnisse des Feuerwehrpersonal in Privatbetrieben wehren die Unternehmer häufig mit der Drohung ab, das berufsmäßige tätige Personal zu entlassen. Es sei dringend notwendig, daß hier an die Stelle der Unternehmerwillkür klare gesetzliche Bestimmungen treten. — Ueber „Verbesserungen im Atemschutz und bei anderen technischen Hilfsmitteln der Feuerwehr“ berichtete Oberbrandmeister May Krause, Breslau. Es gelte, das Personal in der Anwendung der Atemschutzgeräte so zu schulen, daß diese Geräte auch den mit ihnen erreichbaren Schutz tatsächlich bieten. Unfallverhütungs- und Uebungsvorschriften im Feuerwehrberuf seien dringend notwendig. Entschließungen, die aus den Referaten die notwendigen Folgerungen ziehen, fanden die einstimmige Billigung der Tagung. Die Leitung der Reichsfachgruppe wurde nach den sich aus der Gliederung des Gesamt-Verbandes ergebenden Zweckmäßigkeiten und nach den Sonderfahrungen der Reichsfachgruppe neu gewählt und die Tagung mit einem Hoch auf den Gesamt-Verband und seine Reichsfachgruppe Feuerwehr geschlossen.

Freistaat Sachsen

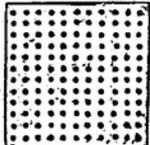
Der Freistaat Sachsen



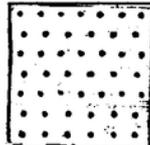
Der Freistaat Sachsen mit seinem Flächeninhalt von 15 000 Quadratkilometer umfaßt 3,2 Hundertteile des Reichsumfanges. In dem sächsischen Gebiet drängen sich jedoch 8 Hundertteile der deutschen Bevölkerung, rund 5 Millionen Menschen, zusammen. Daraus zeigt sich schon, daß die Bevölkerungsdichte in Sachsen außerordentlich groß ist. Aus den beiden abgedruckten Schemas ist ersichtlich, daß keine Provinz und kein Land des Deutschen Reiches etwa ähnlich dicht bevölkert ist. Selbst ausländische Staaten, wie das industrielle Belgien mit 245,26 Einwohnern pro Quadratkilometer und Großbritannien mit 187,41

BEVÖLKERUNGSDICHTE I

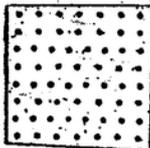
Auf 1 qkm entfallen an Erwachsenen in:



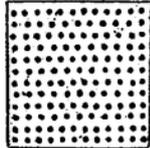
DEUTSCHES REICH 132.9



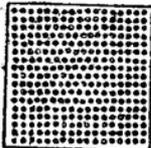
EUROPA 45.6



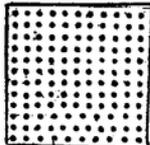
PROV. OSTPREUSSEN 69.0



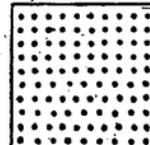
PROV. SACHSEN 120.8



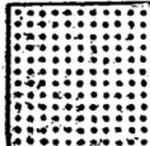
RHEINPROVINZ 294.0



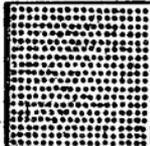
PREUSSEN 130.7



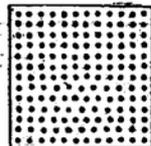
BAYERN 87.4



WÜRTEMBERG 132.8



SACHSEN 331.5



BRDEN 153.0

Einwohnern pro Quadratkilometer bleiben weit hinter der sächsischen Bevölkerungsdichte zurück. Zu dieser Bevölkerungsdichte kommt leichterkklärlicherweise ein starkes Ueberwiegen der industriell tätigen Bevölkerung, 56,4 Proz. der sächsischen Einwohner sind in Industrie und Handwerk beschäftigt. Ueber das ganze Deutsche Reich gesehen sind dies nur 41,3 Proz. Während im Deutschen Reich durchschnittlich 23,03 Proz. der Bevölkerung in land- und forstwirtschaftlichen Betrieben beschäftigt sind, ist diese Zahl in Sachsen auf 9,8 herabgesetzt. Die verhältnismäßig große Bevölkerungszahl führt auch zu einer geradezu auffallenden Städtedichte. Wer schon einmal durch das Erzgebirge gewandert ist, hat dieses enge Befeinanderliegen der Städte feststellen müssen. Daß sich in Sachsen der Verkehr geradezu großartig entwickelt hat, daß gute Straßen gebaut worden sind und daß ein engmaschiges Netz von Kraftwagenlinien über das Land gelegt wurde, ergibt sich als zwingende Folge aus der Bevölkerungsdichte.

Dieses dicht besiedelte Sachsen hat naturgemäß eine starke Arbeiterbewegung. Die Anfänge der deutschen Arbeiterbewegung gehen ja im wesentlichen von Sachsen aus. Der Allgemeine Deutsche Gewerkschaftsbund unterhält zurzeit etwa 125 Ortsauslässe. Er zählt in Sachsen rund 750 000 Mitglieder. Mit dem Organisationsverhältnis in der Stadt Berlin (die in ihrer Einwohnerzahl fast an die Bevölkerungszahl Sachsens herankommt) verglichen, muß das Organisationsverhältnis in den Gewerkschaften Sachsens als günstig bezeichnet werden. Gemessen an der Zahl der Merktätigen ist jedoch auch hier noch unendlich viel zu tun.

Das starke industrielle Sachsen ist nicht ganz ohne landschaftliche Reize. Wandervoll breitet sich die Lausitz vor dem menschlichen

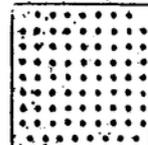
Auge aus. Weltbekannt ist das auch von Ausländern stark besuchte Elbsandsteingebirge. Verlockend sind für den Naturfreund die Winkel des Sächsischen Erzgebirges. Radiumaktive Quellen haben insbesondere das Vogtland international berühmt gemacht. Der breite, mitten durch das Land sich hinziehende Elbstrom hinterläßt beim Besucher Sachsens schöne Eindrücke. Die Elbe ist bekanntlich der zweitgrößte Strom Deutschlands. Er ist bis weit in das tschechische Gebiet hinein schiffbar gemacht.

Die landschaftlichen Schönheiten geben dem sächsischen Industrieland ein ganz anderes Gepräge, als es etwa das Ruhrgebiet hat. Dort im Westen Deutschlands erheben sich die gewaltigen Bauten der Schwerindustrie. In Sachsen ist die Fertigungs- und Feinindustrie stark vertreten. Sie paßt sich mit ihren Industriebauten dem Landschaftsbilde mehr an und so kommt es, daß der industrielle Charakter des Landes oft vom Besucher übersehen wird.

Kaum ein Gebiet des weiten Deutschen Reiches dürfte ähnlich so voller Probleme stecken, wie das dicht bevölkerte und stark industrialisierte Sachsenland. Hier häufen sich geradezu alle die aus der modernen Fabrikarbeit und der Uebersättigung herauswachsenden Fragen. Es ist nur zu natürlich, daß in Sachsen das erste Wohlfahrtspflegegesetz entstand — ein Gesetz, in dem weitgehende Gesundheitsfürsorge, Säuglings- und Kleinkinderpflege, Mutterschutz und Krüppelhilfe, Bekämpfung der Tuberkulose und Wohnungspflege zur Pflicht der Gemeinden und Gemeindeverbände gemacht wurde. Hier in diesem industriellen Land ist die Internationale Hygiene-Ausstellung mit dem Kernstück, dem Hygiene-Museum am richtigen Platze. Die Städtehygiene, die Arbeits- und Gewerbehygiene, kurz die soziale Hygiene finden in Sachsen reiche Betätigungsmöglichkeiten.

BEVÖLKERUNGSDICHTE II

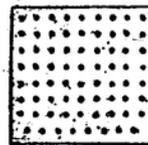
Auf 1 qkm entfallen an Erwachsenen in:



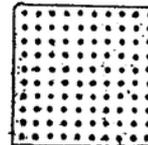
OESTERREICH 78.00



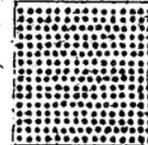
EUROP. RUSSLAND 22.03



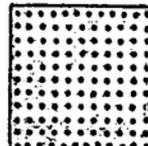
FRANKREICH m. Br. Ubr. 71.36



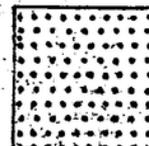
LUXEMBURG 100.84



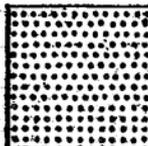
BELGIEN 245.26



ITALIEN 123.85



SCHWEIZ 94.10



GROSSBRITANNIEN 187.41



NORWEGEN 8.56



SPANIEN 42.24

Die auch zur Hygiene positiv eingestellte Arbeiterbewegung, insbesondere unsere freigewerkschaftlichen Verbände haben hier ein dankbares Tätigkeitsgebiet. Immer mehr an die Un- und Falschorganisierten heranzukommen ist die Aufgabe der nächsten Zeit auch in Sachsen. Das zeigen uns besonders auffällig die hinter uns liegenden Landtagswahlen. Wir wollen kein zweites Thüringen. Die Gewerkschaften stärken heißt hier wie anderwärts, Voraussetzungen für praktische Arbeit auch auf dem Gebiete der Großstadt- und Fabrikhygiene zu schaffen.

O. K p t

Ein Brief von der Hygiene-Ausstellung

Lieber Emil! Nun bin ich hier im schönen Dresden gelandet. Fast mitten in der Stadt liegt das Ausstellungsgelände, in dem ich mich nun schon seit einigen Tagen herumgetrieben habe. Ja, wohl, herumgetrieben! Das Gelände der Ausstellung ist ja „bloß“ 359 000 Quadratmeter groß. Das heißt: ich habe es nicht selbst gemessen. Aber die Angaben der Ausstellungsdirection dürften wohl stimmen. Die zum Teil architektonisch wunderbar zueinander abgestimmten Hallen umfassen rund 50 000 Quadratmeter Bodenfläche. Schöne Anlagen, Parkteile und Straßen nehmen den anderen Raum des Geländes ein. Eine von alten Bäumen beschattete Promenade führt an 100 Fontänen vorüber in die landwirtschaftliche Ausstellung. Das ganze Gelände ist in 3 Teile zer schnitten. Brücken, die über die Straße führen, verbinden die zwei großen Teile, während sich der kleinere dritte Teil mit der landwirtschaftlichen Ausstellung hinter dem Botanischen Garten anschließt. Das ist landschaftlich und baulich alles ganz wunderbar. Leider ist noch nicht berechnet, wieviel Kilometer Schrift man lesen muß, bis man von allen schriftlichen Anschlägen in den Hallen der Ausstellung Kenntnis genommen hat. Daran ist nämlich kein Mangel. In einigen Fällen sind sogar die Decken bedruckt und beschriebenen. Das soll wohl der Augengymnastik und der Stärkung der Nackenmuskulatur dienen. Beschrifteten Fußboden gibt es noch nicht. Aber das kommt wohl auch noch. — Hier ist allerhand zu sehen. Ich gestehe Dir frei und offen, mit einem Tage ist hier nichts zu machen. Man hat ungeheuer viel zusammengetragen, fast zu viel. Ein Wirrwarr ist das alles für den Unkundigen. Wo soll man bloß anfangen mit der systematischen Durchsicht des Gebotenen? Es fehlt der zwingend logisch sich aufbauende Weg durch die vielgestaltige Schau. Wer nur einige Stunden in der Ausstellung verweilen kann, dem bleibt weiter nichts als die Erinnerung an ein reichhaltiges kunterbuntes Durcheinander. — Gestern sprach ich zufällig einen beteiligten Professor, der mit mir am gleichen Tische Kaffee trank. Er sagte mir, daß das Hygiene-Museum der Ausgangspunkt einer systematischen Betrachtung der Ausstellung sei. Was dort im Hygiene-Museum konzentriert zusammengetragen wäre, das fände seine bis ins einzelne gehende Darstellung, Erweiterung und Vertiefung in den verschiedenen Teilen und Hallen der Ausstellung. Wer wenig Zeit hat, der sollte also zunächst das Museum durchstöbern und den Ausstellungshallen dann eben nur einen flüchtigen Besuch abstaten. Ich habe den Eindruck, daß der Mann nicht ganz unrecht hat. Wer also von Deinen Lesern, lieber Emil, nur einen Tag für die Besichtigung der Hygiene-Ausstellung zur Verfügung hat, dem sage doch, daß er zweckmäßigerweise den Vormittag im Museum verbringen soll; während der Nachmittagsstunden findet er dann Zeit, durch die Hallen zu spazieren. Und falls er des Abends noch ein wenig in der Ausstellung zu bleiben gedenkt, dann soll er nicht veräumen, einen Restaurationsraum des Kugelhauses zu besuchen. Dort wird er immer Gleichgesinnte treffen. Die Restaurationsräume des Kugelhauses und das Café werden vom Dresdener Volkshaus bewirtschaftet. Hier ist der Treffpunkt der Gewerkschaftler. Die

Dresdener würden sich sicherlich sehr freuen, wenn Du darauf in Deiner Zeitung hinweisen würdest. — Aber nun zurück zur Ausstellung. Ich bin bei einer kritischen Betrachtung der Ausstellung immer mehr zu der Erkenntnis gekommen, daß man nicht nach einheitlichem Gesichtspunkte verfuhr. Man hat den Charakter des Ausgestellten bald auf den Laien, bald auf den Fachmann zugeschnitten. Wenn irgend etwas in dieser Ausstellung zu kritisieren ist, so ist es wohl dies, daß man den Laien und den Fachmann in

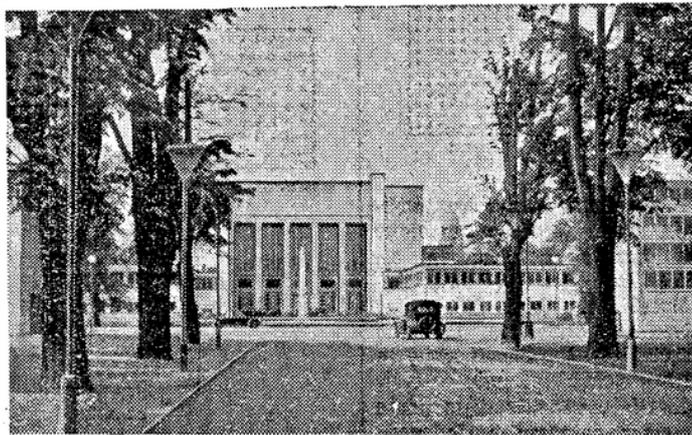
gleicher Weise befriedigen wollte. Welcher nicht Dorgebildete wollte etwa von sich sagen, daß er die Ausstellung im Pavillon „Seelige Hygiene“ verstände? Da weiß kein Mensch, was er mit all dem Gezeigten anfangen soll. Erst wenn der Fachmann erklärt und erläutert, dann geht ihm eine kleine Ahnung vom Sinn und von der Bedeutung des Gezeigten auf. Aber auch einige andere Abteilungen stellen große Anforderungen an den Beschauer. — An die Ausstellung grenzt ein Freibad. Es scheint nicht zur Ausstellung zu gehören. Wie dumm. Statt allen Besuchern einen Blick in dies viel-



Unsere Koje in der Hygiene-Ausstellung

besuchte Bad zu gewähren, ist alles gut abgegittert. Neugierige Besucher der Ausstellung kleben am Zaun und versuchen, einen Blick in das bei gutem Wetter stark besuchte Freibad zu erhaschen. Ich glaube, hier hat die Ausstellungsleitung eine feine Propagandamöglichkeit für die hygienische Freibadbewegung außer acht gelassen. Wie schön wäre es, wenn allen Ausstellungsbesuchern von einer Tribüne aus ein Blick in das Arnoldsbad gestattet würde.

Das wäre doch eine feine Ergänzung zu den Hallen, die für Körperkultur und Sport werben. — Für das in der Krankenpflege oder sonst im Gesundheitswesen beschäftigte Personal bietet die Ausstellung eine Menge beruflich Interessantes. Nur ist auch hier das Wissenswerte in den verschiedensten Hallen zerstreut zu finden. Ohne sachkundige Führung dürfte allzuoft das Wichtigste ungesehen bleiben. — Einen recht schönen Platz hat die Ausstellung unseres Verbandes gefunden. Ich habe den Eindruck, daß die von uns so schön besetzte Stirnwand der Halle „Körperschaften und Verbände“ die beste Ausstellung in dieser



Das Hygiene-Museum

Halle darstellt. Von sehr starker Wirkung ist auf mich der Saß gewesen, der von der einen silbernen Fläche unserer Ausstellungstafeln herableuchtet. Er hat den Wortlaut: „Schutz der menschlichen Arbeitskraft ist Mehrung volkswirtschaftlichen Kapitals.“ Das ist doch ausgezeichnet gesagt. Wenn das die Allgemeinheit nur einsehen wollte. Dieser Kernspruch findet seine beste Ergänzung in der großen Halle für Gewerbe- und Arbeitshygiene. An ihr sollte kein Mitglied unseres Verbandes achtlos vorbeigehen. Unter uns gesagt: Hier ist sehr viel Gutes zum Ausdruck gebracht. Wenn das alles Wirklichkeit werden könnte. Ja dann — An einer Stelle der Ausstellung las ich den nun schon so oft ausgesprochenen Satz: „Vorbeugen ist besser als Heilen.“ Wer denkt da nicht an die ausgeheizten Arbeitslosen, die glücklicherweise diesen Satz nicht lesen können, weil ihnen das Geld zum Besuche der Ausstellung fehlt. Ich kann mir sehr gut denken, daß ein vom Hunger Geplagter sehr höhnisch aufpassen würde, wenn er diese Worte vor seinen Augen aufleuchten sehen würde. Köf-

Halle darstellt. Von sehr starker Wirkung ist auf mich der Saß gewesen, der von der einen silbernen Fläche unserer Ausstellungstafeln herableuchtet. Er hat den Wortlaut: „Schutz der menschlichen Arbeitskraft ist Mehrung volkswirtschaftlichen Kapitals.“

Das ist doch ausgezeichnet gesagt. Wenn das die Allgemeinheit nur einsehen wollte. Dieser Kernspruch findet seine beste Ergänzung in der großen Halle für Gewerbe- und Arbeitshygiene. An ihr sollte kein Mitglied unseres Verbandes achtlos vorbeigehen. Unter uns gesagt: Hier ist sehr viel Gutes zum Ausdruck gebracht. Wenn das alles Wirklichkeit werden könnte. Ja dann —

An einer Stelle der Ausstellung las ich den nun schon so oft ausgesprochenen Satz: „Vorbeugen ist besser als Heilen.“ Wer denkt da nicht an die ausgeheizten Arbeitslosen, die glücklicherweise diesen Satz nicht lesen können, weil ihnen das Geld zum Besuche der Ausstellung fehlt. Ich kann mir sehr gut denken, daß ein vom Hunger Geplagter sehr höhnisch aufpassen würde, wenn er diese Worte vor seinen Augen aufleuchten sehen würde. Köf-

spieltig ist solch ein Ausstellungsbesuch allerdings. Abgesehen davon, daß ein ganz erheblicher Eintrittspreis genommen wird, auch sonst weiß man in der Ausstellung sehr gut, das Geld den Besuchern zu nehmen. Für ein vom Deutschen Hygiene-Museum herausgegebenes Buch „Der Mensch“, das im Verlage von Ambrosius Barth, Leipzig, erschienen ist, verlangt man nur die Kleinigkeit von 47 Mk. Ob man auf diesem Wege glaubt, das von dem Hygiene-Museum verarbeitete Material popularisieren zu können?

Da ist unter anderem auch die große Sonderschau „Das Krankenhaus“. Was da alles gezeigt wird, ist fabelhaft interessant. Daß in Dresden das Pflege- und Krankenhauspersonal jede Woche 60 Stunden arbeiten muß, hat der für diese Sonderschau verantwortliche Stadtrat allerdings nicht mit bekannt gemacht.

Mir wurde hier von Dresdener Kollegen gesagt, daß gerade dieser Stadtrat — der im Ausstellungskatalog so ausgezeichnete Worte über die „liebevollen Betreuung der pflegerischen Kräfte“ geschrieben hat — der ausschlaggebende Gegner für die Einführung der achtfündigen täglichen Dienstzeit des Dresdener Krankenhauspersonals sei.

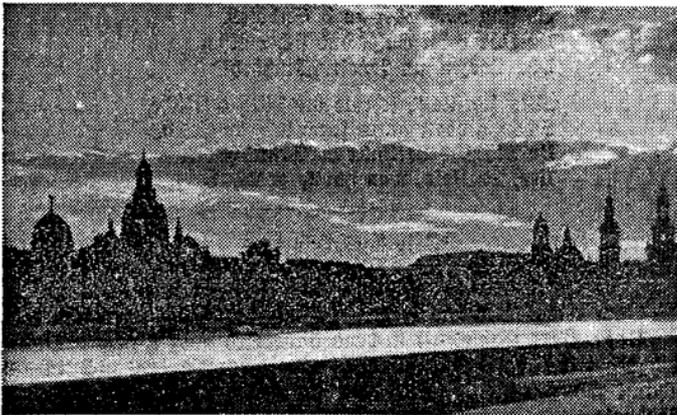
Den fürchtbaren Widersprüchen unseres Lebens begegnet der aufmerksame Betrachter, wie Du siehst, auch hier in der „Internationalen Hygiene-Ausstellung“. Man könnte darüber noch manches schreiben.

Dennoch! Alles in allem genommen: Die Ausstellung hat viel Gutes. Es zeigt sich viel ernsthafter Wille. Und darauf kommt es an. — Gruß Deine Lesef. Für heute bleibe ich mit freundlichem Gruß Dein Kritikus.

Sachsens Hauptstadt

„So einen Frühling wie hier, habe ich noch nie gesehen. Rund um uns her ist ein wahres Paradies.“

Diese begeistertsten Worte schrieb der Maler Philipp Otto Runge an seinen Vater in Hamburg, als er einige Zeit in Dresden wohnte. Und daß er recht hat, könnte durch hundert andere Aussprüche bewiesen werden. Selbst Goethe hat sich einmal in ähnlichem



Abend an der Elbe

Entsagung und Genuß, die treffen auch hier hart aufeinander. Wer länger in Dresden verweilen kann, der sollte nicht versäumen, auch dieses Dresden sich anzusehen.

Die Dresdener Arbeiterbewegung war von jeher bemüht, Tüchtiges zu leisten. Der gewerkschaftliche und politische Kampf hat seit frühester Zeit gerade in der Residenzstadt des sogenannten Mutterlandes Sachsen heftig getobt.

Zurzeit gehören dem Allgemeinen Deutschen Gewerkschaftsbund, Ortsausschuß Dresden, rund 165 000 Mitglieder an. Unser Gesamt-Verband hat im Ortsausschuß ein gewichtiges Wort mitzureden. Vierundzwanzigtausend Mitglieder scharen sich um die Fahne unserer Organisation. In den städtischen, staatlichen und Reichsbetrieben bis hinein in die Verwaltung sind wir organisatorisch stark vertreten. Aber auch im Handels- und Transportgewerbe hat der Gesamt-Verband ein gewichtiges Wort mitzusprechen. Was die Gewerkschaften am Orte leisten, wird ersichtlich, wenn man bedenkt, daß im vergangenen Jahre fast 4 Millionen Mark an hilfsbedürftige Kollegen an Unterstützungen gezahlt wurden. Auch der Gesamt-Verband hat an diesen riesigen Selbsthilfe-Aufwendungen seinen Anteil. Im ersten Quartal des Jahres 1930 wurden vom Gesamt-Verband rund 85 000 Mk. für die gleichen Zwecke ausgegeben. 81 Proz. der Dresdener Gewerkschaftsmitglieder arbeiten nach einer Statistik des ADGB. 8 Stunden am Tag oder 48 Stunden in der Woche. 14 Proz. sind leider noch 8 bis 9 Stunden täglich beschäftigt. 5 Proz. arbeiten mehr als 9 Stunden. Am Jahreswechsel waren 261 Tarifverträge im Bereiche des Ortsausschusses Dresden abgeschlossen.

Eben geht ein stolzer Bau seiner Vollendung entgegen. Neben dem alten Dresdener Volkshaus ist ein würdiger großer Bau der Dresdener Gewerkschaften errichtet worden. Auch er wird in Zukunft zu den Sehenswürdigkeiten der Stadt gehören.

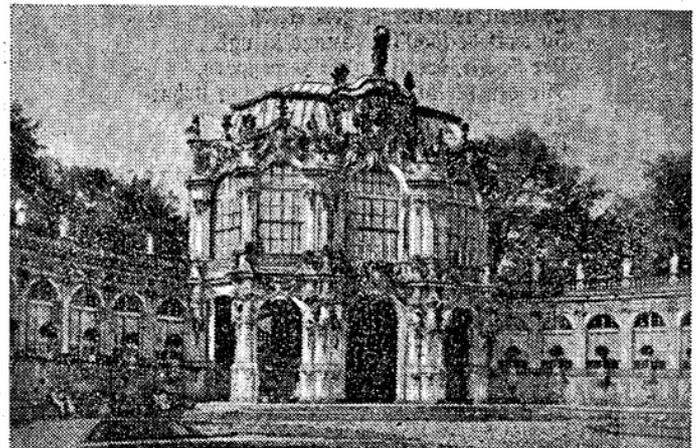
Dresden galt vor dem Kriege als eine Beamten- und Mittelstandsstadt. Heute hat sie diesen Charakter verloren. Wenn auch durch den Sitz der Landesbehörden eine Menge Beamte in Dresden wohnen, der große Teil der Dresdener steht im industriellen und

Sinne ausgesprochen. Insbesondere die berühmten Dresdener Sammlungen von Kunstwerken imponierten dem jungen Goethe.

Dresden ist zweifellos eine schöne Stadt — baulich und landschaftlich. Wer je vom rechten Elbufer hinüberguckte auf die barocken Bauten August des Starken, der wird das Gepräge und die Geschlossenheit dieses imposanten Bildes kaum vergessen. Die obenstehend abgedruckte Silhouette gibt einen Teil dieses einbruchsvollen Bildes recht anschaulich wieder.

In diesem Jahre bildet die Internationale Hygiene-Ausstellung einen besonderen Anziehungspunkt, der wiederum zahlreiche Fremde nach der Hauptstadt des Freistaates Sachsen bringen wird. Auch zahlreiche Mitglieder unseres Gesamt-Verbandes werden in diesem Jahre in Dresden Einkehr halten. Sie dürfen gewiß sein, hier in Dresden Mannigfaltiges zu finden. Keiner sollte versäumen, neben einem Besuch der Ausstellung, wenn auch nur flüchtig, einen Blick in die wertvollen und reichhaltigen Kunstsammlungen der Stadt zu werfen. Keiner aber sollte beim Anblick der schönen Bauwerke, beim Genießen der hier gesammelten Kunst und beim Gang durch die vielgestaltige Ausstellungsschau vergessen, daß auch Dresden — wie all die anderen Städte unserer Zeit — zwei Gesichter hat. Was hier zur Illustration des Artikels gezeigt wird und was der Fremde vornehmlich sieht und bewundert, das ist die Stadt der Repräsentation, das ist die Stadt des Regierungssitzes, das ist die Summe der historischen Bauwerke selten schöner Art, das sind die unter Aufwendung reicher Mittel angehäuften Kunstschätze.

Hinter all diesem aber bleibt für den flüchtigen Beschauer das arbeitende und das zu einem großen Teil notleidende Dresden zunächst verborgen. Mehr als 10 Proz. aller Dresdener Einwohner sind heute arbeitslos. Ganze Industrien wurden stillgelegt. Elendsverhältnisse und Elendsbauten gibt es auch in der Stadt des Hygienemuseums noch genug. Es wäre leicht, statt der hier verblüffenden Bilder vom schönen und historischen Dresden, von der Ausstellung usw. Bilder von halbverfallenen, schier baufälligen Elendshütten und winkligen Buden zu zeigen. Das ist in Dresden wie allerorts in unserer kapitalistischen Welt. Die Gegensätze zwischen Armut und Reichtum, zwischen Leid und Freude, zwischen



Dresden — Zwinger-Pavillon

handwerkerlichen Berufsleben. Die große Sorge um Beschaffung von Arbeit für die vielen tausend Hände der Arbeitslosen lastet mit voller Schwere auch auf der Stadt Dresden. Das Paradies, von dem am Anfang dieses Artikels geschrieben wurde, ist manchmal einem auch schon zur Hölle geworden. Auch das schöne Dresden hat seine Sorgen und seine Nöte.

O. Kpt.

Ueberall Sachsen

Vielsach kann man den Ausspruch hören: „Die bekannteste Sprache der Welt, das ist die sächsische Sprache.“ Daß diese Tatsache der Wirklichkeit entspricht, dürfte dem Dichter E. v. Wolzogen schon bekannt gewesen sein, denn wie hätte er sonst folgendes Gedicht verfassen können?

Unsere lieben Sachsen.

Die mehrschten Deitschen sin aus Sachsen,
Das merkt der Mensch uff Reisen schnell,
Aus Gemniz, wo de Strimpe wachsen,
Aus Dräsen, wo se hellisch hell,
Aus Leipz'g, wo se egal drucken —
Der Sachse kriegt den Kram nich satt,
Und alles muß er sich begucken,
Was uff der Welt zwee Sternchen hat.

Wenn du ein stilles Blätzchen fandest,
Sei's deiner Heimat fern, sei's nah,
Wenn du bei den Lofoten landest —
E Sachse is gewiß schon da.
Wenn dich die heechsten Gipfel griesen,
Zieht es dich in die Wieste hin —
Liegt dir e Paradies zu Füßen —
E Sachse is gewiß schon drin.

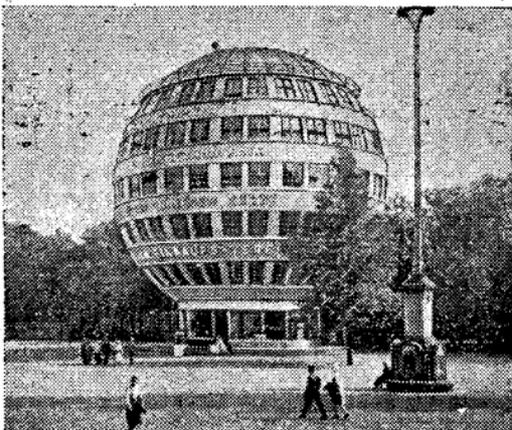
Der Sachse läbt uff Reisen billig:
Zwee teilen sich in die Bortion,
Wenn mer zufrieden ist und willig,
Nu ja, nu nee, da geht's ooch schon.
Dem der e Sachse von Gebliet is
Das Läben doppelt freundlich winkt,
Weil er poetisch von Gemiet is,
Und nich so starken Caffe trinkt.

In Sachsen gibt's die mehrschten Tanten,
Das steht so fest wie ein Axiom — —
Und geht der ganze Knätsch zuschanden,
De Tante, die muß mit nach Rom.
Sei gutes Tantschen, wenn's ooch humpelt,
Bloß daß du dich drann laben gannst,
Find'st du se da, so hibsch verschrumpelt,
Grad vor ne Venus hingepflanzt.

Der Sachse, der is unersehtlich
Als Bannerräger der Cultur.
Nur wirkt er oft merkwürdig pleglich
In der umgebenden Nadur.
Er is von Wibbegier geladen,
Und hat für's Keische keenen Sinn. —
Schwärmst du von himmlischen Gestaden,
Schwärmt er: „Da mach'n mer ooch noch hin.“

Drum, wackerer Deitscher, sei nur friedlich,
Und bänd'ge deinen Schimpfsinstinkt;
De Welt is ieberall gemietlich,
So weit de sächsische Zunge klingt.
Der Sachse, der tut nicht zerdeppern,
Für den bleibt stets die Hoffnung stehen:
Es würd sich schon zusammenläppern,
Nu ja, das Läben is doch so scheen.

E. v. Wolzogen.



Das Kugelhaus in Dresden

Die säh'sche Lorelei

Sehr frei nach Heinrich Heine hat neuerdings in der Westbühne (XXII, 38) Eene Doigt das alte Thema in sächsischer Mundart heiter behandelt:

Ich weeß nich, mir isse so gomisch,
Un ärchenwas macht mich verschtimmt,
's is meechlich, das is anadomisch,
Wie das ähnd beim Menschen oft gimmt.

De Aelwe, die bläddschert so friedlich,
Ae Fischgahn gomme aus dr Tischcheit,
Drin sitzt 'ne Familche gemiedlich.
Nu sinse schon an dr Bastei.

Un ohm uffn Bärche, nu gugge,
Da gämmt sich ä Freilein ihrn Jobb.
Se schrieckeltn glatt hibsch mit Schbugge,
Dann schtückt'n als Gauz uffn Cobb.

Dr Vader da unten im Gahn
Glozt nuff bei das Weib gans entziakt.
De Mudder meent draurich: „Ich ahne,
Die macht unsern Babbah verrickt.“

Nu fängt die da ohm uffn Fälsen
Zu sing ooch noch an ä Gubbleh.
Dr Vader im Gahn dud sich wälzen
Vor Lachen un jodelt „Juchheh!“

„Bis schtulle!“, schreit ängstlich Ottilche,
Schon gibbelt gans forchtbar dr Gahn,
Un bläglich versinkt de Familche...
Nee, Freilein, was hamse gedahn!

Färdeschbort

Sächsisches Gespräch beim Buchmacher.

Guck eener de Frau Feisern an, die schbortelt jekt ooch!
Nuja, härr Gahle, uff ärchen äne Ard muß ä armes Luder
doch sei Glück versuchen. Don alleene gomme's een nich in de
Schärze neingeborzelt. Sie sölwer sin doch ooch ä alder bichtcher
Wäddhase.

Das will' meen. Solange wie Gahlebaul läbt, da macht'e
ooch sein Färdeschbort. Hibsch vorsichtich nadterlich, gee zu dolles
Risigo, so zwee Märk un ab un zu ooch ämal simse.

Hamme denn ooch immer rächt's Schwein drbei, härr Gahle?
Immer? Nun nee Frau Feisern, das wäre ä bißchen zuviel
verlangt von Fortunan. Egal bloß Glück, das is geen Schtär-
lichen beschleden. Awer so hin un wieder wirft's doch äwas ab.
Hier mein Iwerzieher zum Beisbiel, dän habbch Molochen zu
verdanken, därde seinerzeit hundertundsächsje hier zähne gebracht
hat. Und de Schtiweln, die'ch anhabbe, die stamm von du
Heibelärche, die de neilich in Dräsen so scheene als ärchte ins
Ziel neigehuppt is.

Nu sähnse, härr Gahle, das is doch wärklich allerhand. So
näht rauschtastiert bloß durch die Färde. Ich mechte mir nämlich
ooch gärne noch ä neies Gräbbdeschienegleed goosen zum Schtif-
tungsfäst bei dn Liddegrafen. Und dadrzu gann mir niemand anderich
verhelfen als meine Niem Hoddobierchen. Eene Doigt.

De Gogusbalme

In ä Blumdobb reedt de Halme
änne gleene Gogusbalme,
un die dänkt so vor sich hin:
Echtentlich hat's gar geen Sinn,
daß ich draurich hier in Sachsen
mich so schinde mit'n Wachsen.
Streng ich mich auch noch so an —
Nisse wärn ja doch nich dran.
Das gibbt's Klima hier nich här,
also wachs 'ch ooch nich mähr. —
Druff, zu enden ihre Bein,
ging de gleene Balme ein.

Eene Doigt.

Säh'sche Weisheit

„Wemmr ä Baar Laadschn hadd, unn der eene is wech, unn me
hadd bloß den andern — da nuhn een alle beede nischd.“

Hans Reimann.

Verkehrswachten und Schule

Die Verkehrswachten, deren Zahl in Deutschland auf rund 80 angewachsen ist, verfolgen den Zweck, durch die Mittel der Selbstzucht und des Selbstschutzes an der Regelung des Verkehrs mitzuwirken.

Ihre weitere Aufgabe erblicken die Verkehrswachten darin, die Verkehrssicherheit zu heben und Disziplin im Straßenverkehr herbeizuführen, um die Unfallgefahren einzudämmen. Die Mitgliedschaft der Verkehrswachten setzt sich zusammen aus allen am Verkehr interessierten Arbeitgeber- und Arbeitnehmerverbänden, den Sportorganisationen sowie einer großen Anzahl von Einzel-firmen.

Ueber die Notwendigkeit von Gründungen von Verkehrswachten dürften heute Meinungsverschiedenheiten nicht mehr bestehen. Die Entwicklung des Verkehrs ist hierfür der beste Gradmesser. Folgendes Beispiel zeigt, wie der Verkehr sich fortgesetzt in aufsteigender Linie bewegt.

In der Stadt Leipzig waren an Kraftfahrzeugen aller Art zugelassen: bis zum 1. Januar 1929 13 785, bis zum 1. Januar 1930 16 607, bis zum 1. April 1930 17 161. Der Zuwachs an zugelassenen Kraftfahrzeugen beträgt in den verfloßenen 1 1/2 Jahren somit 3376, das ist eine Steigerung von fast 25 Proz.

Mit dem Wachsen des Verkehrs vermehren sich auch die Unfallgefahren. Wie das Beispiel von Leipzig beweist, waren im Jahre 1928 6446 Unfälle zu verzeichnen, 1929 7347. Darunter befinden sich 90 Personen, die getötet oder infolge der Verletzungen verstorben sind. Unter den tödlich Verletzten hatten wir auch 17 Berufskollegen zu beklagen.

Um die Unfallgefahren einzudämmen, muß schon in frühester Jugend die Erziehung der Kinder zur Verkehrssicherheit einsetzten, und zwar einmal in der Familie und weiter in der Schule. Die Elternabend sind mit dazu zu benutzen, um auf die Gefahren des Verkehrs hinzuweisen. Durch das Lichtbild ist Aufklärung zu schaffen. In Kindergärten sind Spiele zu arrangieren, wobei die Kinder sich an den Verkehrsspielen recht lebhaft beteiligen sollen.

Wie festgestellt wurde, wird in Amerika in 37 Städten mit 2022 Schulen von den Lehrern Verkehrsunterricht erteilt. Das gleiche geschieht auch an den Hochschulen. Da nun nicht jeder Lehrer in der Lage ist, Verkehrsunterricht erteilen zu können, so werden Kurse veranstaltet. Die Schulen werden mit Fachzeitschriften und periodisch mit Unfallverhütungsbildern beliefert, dazu erhält die Lehrerschaft noch Instruktionsbogen. Dieselben enthalten einen allgemeinen Teil, die Unfälle durch Elektrizität, die sehr zahlreich sind und wobei innerhalb eines Jahres 1150 Menschen tödlich verunglückten, die Gefahren des Spielens an elektrischen Drähten, Herabfallen elektrischer Drähte, was dabei zu tun ist, sowie das Klettern der Kinder auf elektrischen Masten wird eingehend besprochen. Ferner werden Besichtigungen elektrischer Stationen mit Kindern arrangiert. Außerdem wird den Kindern gezeigt, wie elektrische Bügeleisen und Staubsauger zu behandeln und wie Radioeinrichtungen beschaffen sind. 185 000

Kinder haben im Wettbewerb Aufsätze über Verkehrssicherheit geliefert. In den Lehrbüchern der Schulen werden die Gefahren des Verkehrs behandelt. Die Polizei ist häufiger Gast in den Schulen und hält Vorträge über die verschiedenen Gefahrenstellen.

Aus alledem ist ersichtlich, daß auch die Amerikaner erkannt haben, daß die Verkehrserziehung da zu beginnen hat, wo der Mensch noch aufnahmefähig ist, denn es ist besser, wenn der Mensch etwas zu sagen hat, als wenn er etwas sagen muß.

In Deutschland sind die Verkehrswachten mit ihrem Verlangen, die Erziehung der Jugend zur Verkehrsdisziplin schon in der Schule vorzunehmen, vielfach auf Widerstand bei der Lehrerschaft gestoßen. Erfreulicherweise ist auch darin in letzter Zeit eine Aenderung eingetreten. Dem Verlangen der Verkehrswachten wurde ein größeres Entgegenkommen gezeigt.

Aus Dessau kommt die Nachricht, daß die anhaltische Schulregierung die Schulen des Landes zum obligatorischen Unterricht im Verkehrswesen verpflichtet. Neben den Beobachtungen der Verkehrszeichen auf den Wanderungen sind in den Städten besondere Unterrichtsgänge zu veranstalten zur Beobachtung der Verkehrsmaßnahmen, besonders der Tätigkeit der Verkehrsposten. Die üblichen Verkehrszeichen und -tafeln sind in den Klassenzimmern aufzuhängen und Sinn und Technik der Verkehrsdisziplin zu erläutern. Im Zeichen- und Handfertigungsunterricht sind Verkehrszeichen herzustellen. Auch in den Fächern Deutsch, Heimatkunde und Erdkunde sollen Fragen der Verkehrsregelung behandelt werden. Auch soll die Schupo zum Verkehrsanschauungsunterricht auf geeigneten Plätzen herangezogen werden. Durch diese planmäßige Erziehung will man vor allen Dingen den Verkehrsunfällen der Kinder vorbeugen.

Diesen Beschluß der anhaltischen Schulbehörde dürften alle Verkehrswachten freudig begrüßen, denn durch die Erziehung des Kindes zur Verkehrsdisziplin werden die Unfallziffern vermindert. Aber nicht nur dem Kinde allein ist einzuschärfen, sondern auch dem Erwachsenen muß es gesagt werden, wer innerhalb der Bremsstrecke die Straße überschreitet, reicht dem Tode die Hand.

2 1/2 Milliarden Mark gehen jährlich dem deutschen Volkvermögen durch die aus den Verkehrsunfällen entstehenden Schadenersatzansprüche verloren. Dabei darf nicht unbeachtet bleiben, welche Riesensummen in Form von Strafen die Justizbehörden über die Verkehrsarbeiterschaft verhängt und welche Summen die Gerichtskosten und Anwaltsgebühren verschlingen.

Der Gesamt-Verband, die größte Verkehrsorganisation der Welt, wird in Zukunft bei seiner ausgedehnten Rechtsschutzgewährung mit einem Millionenetat rechnen müssen.

Aufgabe der Verkehrsarbeiterschaft muß es daher sein, weit mehr als bisher geschehen, sich um das Banner des Gesamt-Verbandes zu scharen, denn nur in der Stärke der Organisation liegt die beste Garantie, die Mitglieder und deren Familien vor Schaden zu bewahren.

R.

Der neue Weg der englischen Gewerkschaften

Die revolutionäre Periode, die 1918 den Krieg ablöste und Sieger wie Besiegte ersaßte, erzeugte auch in England gar sonderbare Verhältnisse. Von allen Völkern begriff, das englische Volk am wenigsten, daß durch die erschütternden Ereignisse von 1914 bis 1918 die Welt von Grund auf umgemodelt wurde. England blieb wohl Sieger, seine Industrie aber war geschwächt, das gesellschaftliche Leben aus den Fugen gerissen. Politisch freilich wurde in England nichts geändert. Das staatliche Leben war intakt geblieben. Es gab keine Verfassungskämpfe, kein Streit um die Farben des Reichsbanners; die englische Demokratie wurzelte seit langem fest in der Volkseele. Seit Jahrzehnten steht das englische Königtum „über den Parteien“, hat auf den Gang des politischen Geschehens keinerlei Einfluß. Nicht der König — der nur Apotheose ist — hatte „den Krieg gewonnen“, sondern Lloyd George, der aus dem Volk emporgestiegene Staatsmann, der dann im Siegesrausch die politische Macht im reaktionären Sinne ausnutzte. Dieser Mißbrauch der staatlichen Gewalt trieb die Gewerkschaften zum revolutionären Syndikalismus, teilweise sogar zum Bolschewismus. Eine Zeitlang erweckte es den Eindruck, als ließen sich die Gewerkschaften führerlos dahintreiben. Es entstand ein Zickzackkurs schlimmster Art. Manchmal schien es, als beständen zwischen den Führern der Gewerkschaftsbewegung im Gegensatz zu denen der Arbeiterpartei die größten Widersprüche.

Das war um so unverständlicher, als doch in England die politische Arbeiterpartei in ihrer Mehrheit aus Mitgliedern der Gewerkschaften besteht und die Kongresse beider Körperschaften vielfach mit denselben Delegierten besetzt werden.

Wie war diese Zwitterstellung zu erklären? Auch in England gab es viele, die glaubten, der Parlamentarismus habe ausgespielt. Das politische Räte-system trieb auch in England sein Unwesen. Man glaubte, die Tage der kapitalistischen Herrschaft seien gezählt. Wie illusionär diese Schlußfolgerung war, erkennt man daran, daß heute selbst kommunistische Schriftsteller von Ruf zugeben: „Es wäre sinnlose Blindheit, die Tatsache der ökonomischen und politischen Stabilisierung des Kapitalismus im Vergleich zu der Situation in den ersten Nachkriegsjahren leugnen zu wollen!“ (Siehe E. Darga: „Die Wirtschaft der Niedergangsperiode des Kapitalismus nach der Stabilisierung“, Seite 11.) In England überschätzte man noch die Möglichkeiten des wirtschaftlichen Kampfes, glaubte durch ihn politische Umwälzungen erzwingen zu können. Am Beginn der eigenartigen Bewegung ragte der sogenannte Dreibund hervor, eine Art Allianz zwischen den Verbänden der Eisenbahner, Verkehrs- und Kohlenbergarbeiter. Schon beim Streik der Bergarbeiter 1921 brach der Dreibund sang- und klanglos zusammen. Es ist natürlich leicht von „Verrat“ der Führer zu reden, wie das die Kommunisten taten. Fest aber steht,

nicht den Führern fehlte der Mut im entscheidenden Augenblick, aber die Masse, im gegebenen Falle die Eisenbahner, war nicht bereit, den Führern zu folgen. Warum? Es handelte sich um einen Sympathiestreik für die Bergarbeiter, der Dreibund erwies sich als ein tödlicher Popanz.

Den Höhepunkt erreichte die spezifisch syndikalistische Bewegung 1926 beim Generalstreik, der gleichfalls zusammenbrach. Will man eine Lehre aus all den Irrwegen der englischen Bewegung ziehen, so ist es diese: Die kapitalistische Wirtschaftsordnung war eben doch stärker als in den ersten Nachkriegsjahren angenommen wurde. Außer in Rußland gelang das bolschewistische Experiment nirgendwo. In Italien kam der Faschismus gerade deshalb zur Macht, weil es den Arbeitern 1920 nicht gelang, die von ihnen besetzten Fabriken im Handumdrehen zu verwalten. Trotz aller revolutionären Aufwallungen ist es nicht so einfach, die bestehende Weltordnung aus den Angeln zu heben. Zwar nahm die Bewegung in England nicht die Formen von Italien an, doch sind die zu ziehenden Schlussfolgerungen dieselben.

Für die meisten Beobachter des englischen Lebens war es nicht leicht, die Stellung der englischen Gewerkschaften immer zu verstehen. Dieselben Führer, die noch kurz vor dem Generalstreik von der „Einheitsfront“ mit den Bolschewikis träumten, sprachen nun plötzlich vom „Wirtschaftsfrieden“, plädierten für einen „Burgfrieden“. Und das Unbegreiflichste des Umschwunges war, „Burgfrieden“ predigte man zur Zeit, wo die konservative Regierung aus Rache für den Generalstreik ihre koalitionsfeindliche Gewerkschaftsvorlage im Parlament zum Gesetz erheben ließ.

Was gab Anlaß zu diesem geradezu erstaunlichen Umschwung? Ein Blick auf die deutsche Geschichte gibt den Schlüssel hierzu. Trotz aller revolutionären Aufwallungen, die Deutschland durchzumachen hatte, vergaßen es die deutschen Gewerkschaften nicht, eine Gewerkschaftsgesetzgebung zu schaffen, die einzigartig ist. In der deutschen revolutionären Epoche hörte man wohl häufig die Klage, die Revolution sei zu einer Lohnfrage heruntergebrückt worden. In der Tat ist das bis zu einem gewissen Grade richtig. Die Lohnfrage war das Resultat einer „Ursache“. Was in den ersten Tagen der Revolution geschah, war die Schaffung eines Tarifrechts, Schlichtungs- und Betriebsrätewesens. Die Sucht zum Putz verpuffte schließlich, was aber von Dauer war, das war die verfassungsmäßige Verankerung dieses Tarifrechts samt dem Schlichtungswesen. Heute darf jeder deutsche Gewerkschafter mit Stolz auf diese Errungenschaften der deutschen Revolution zurückblicken. Wohl hatten die meisten von uns vor dem Krieg unsere Hoffnungen auf die Eroberung der politischen Macht gesetzt, nun aber stellte sich heraus, wichtiger noch sei es, den Kampf um die wirtschaftliche Demokratie zu führen.

Auch in England tobte in den Nachkriegsjahren der Kampf um die wirtschaftliche Demokratie. Es wurden die „Wirtschaftsräte“ geschaffen als Mittel zur Einleitung der Demokratisierung der Wirtschaft. Was man jedoch vergaß, war, dem Betriebsrätewesen eine gesetzliche Grundlage zu geben.

Als die englischen Gewerkschaften 1927 die „Kriegsphilosophie“ abstreiften, fingen sie den im Jahre 1919 gesponnenen, aber fallengelassenen Faden wieder auf, griffen auf das deutsche Beispiel zurück. Das alles scheint paradox. Blickten wir Deutsche vor dem Kriege nicht auf die Bücher der Eheleute Sidney und Beatrice Webb wie auf eine Bibel? Jawohl, unser Streben war es, ein Gewerkschaftsrecht nach englischem System aufzubauen. Und nun nach der Revolution sollten sich mit einem Male die Rollen zugunsten Deutschlands so gründlich vertauscht haben? So sonderbar es auch klingt, es ist so. Der englische Umschwung vollzog sich in typisch britischer Art und Weise. Auf die Katastrophenpolitik des Generalstreiks 1926 folgte der bekannte Mond-Turner-Ausschuß, der durch eine Arbeitsgemeinschaft mit dem Unternehmertum die Demokratie in der Wirtschaft einführen sollte. Es war in der Tat ein Sprung von einem Extrem ins andere. Ob der Versuch gelingen wird, wagen wir nicht zu behaupten. Vielleicht wählten die englischen Gewerkschaften den falschen Weg. Besser wäre es sicherlich gewesen, sich nicht zuviel auf den guten Willen der Unternehmer zu verlassen. Wie in Deutschland hätte man die Gesetzgebung zu Hilfe nehmen müssen. Das tat man nicht. Nach langem Zögern haben sich nun zwar die Unternehmerorganisationen entschlossen, im Sinne des Mond-Turner-Ausschusses zu arbeiten, von praktischen Erfolgen hört man bis jetzt nichts. Das zu lösende Problem ist auch nicht so leicht. Kurz gesagt, kann es auf folgende Formel gebracht werden: Kann die aus dem Leim gebrachte Wirtschaft mit Hilfe der Rationalisierung, die wiederum durch Verständigung zwischen Unternehmer- und Gewerkschaftsorganisationen bewerkstelligt werden soll, wieder auf den Stand der

Vorkriegszeit gebracht werden? — Ferner, kann die für England so notwendige Rationalisierung ohne erhöhte Erwerbslosigkeit erzielt werden?

Es gibt eigentlich nur wenige Unternehmer, die an solche Möglichkeiten glauben. Für sie ist der einzige gangbare Weg: verlängerte Arbeitszeit und verkürzte Löhne.

Ueber allem steht das ernste Bemühen der Gewerkschaftsführer: man will der Industrie wieder auf die Beine helfen. Trotz allem Internationalismus ist das A und O aller Volkswirtschaft. Auch der verbissenste Kommunist, der mit fanatischer Ueberzeugungstreue den vielen — manchmal sehr widerprüchsvollen — Parolen folgt, sieht es immer noch lieber, wenn die Fabrikshornsteine rauchen als wenn sie nicht rauchen.

Die englische Gewerkschaftsbewegung weiß, daß die englische Industrie neue moderne Formen braucht. Reorganisation tut not. Wie aber soll das Problem gelöst werden, durch Verständigung mit den Gewerkschaften oder gegen die Gewerkschaften? Das ist die große Frage der letzten drei Jahre. Das ist es auch, was die Gewerkschaften dazu drängte, den neuen Weg einzuschlagen.

B. Weingart.

Für die Frauen

Die Wirksamkeit der arbeitenden Frau

Von den vielen Hallen der Internationalen Hygiene-Ausstellung in Dresden trägt eine die Inschrift: „Die Frau in Familie und Beruf“. Ein Rundgang beginnt mit kleinen plastischen Darstellungen aus dem Alltagsleben, wie die Familie im Maschinenzeitalter ihre frühere Grundlage verlor; die Produktion der Waren des täglichen Gebrauchs wurde abgelöst durch die Massenproduktion in den Werkstätten. Ein Ausgleich zwischen Häuslichkeit und gewerblichem Beruf wurde notwendig.

Eine Statistik vom Frauenüberschuß in Deutschland zeigt, daß 900 000 Frauen durch die Folgen des Krieges zur Ehelosigkeit verurteilt wurden.

Die allgemeine wirtschaftliche Lage der Gegenwart bedingt, daß es 11,5 Millionen erwerbstätige Frauen gibt. Von 16 Millionen ledigen Frauen sind 7 Millionen erwerbstätig, von 12 Millionen verheirateten Frauen 4 Millionen, von 3 Millionen verwitweten oder geschiedenen Frauen stehen 1 Million im Erwerb.

Aus Holz geschnittene Figuren mit je einer Last auf dem Rücken demonstrieren die ungeheure biologische Belastung der Frau, im Gegensatz zum Mann. Schließt doch der Beruf selten die Doppelbetätigung im Haushalt aus, oft genug treten noch Verpflichtungen der Mutterschaft dazu! Abgesehen davon, ist der Energieverbrauch des weiblichen Wesens an sich durch die körperliche Konstitution gegeben. Allein die regelmäßigen Funktionen der Schwangerschaftsbereitschaft (Menstruation), die Aufgaben der Mutterschaft und in jedem Fall das Abklingen der Gebärfähigkeit in den Wechseljahren verlangen sachliche Würdigung durch die Männer. Direkt wird auf der Ausstellung nur mit einem allerdings recht wirkungsvollen Plakat an die männliche neuzzeitliche Kameradschaft appelliert. Unter der Nebenfrage: „Soll es so sein?“ schmaucht ein Mann nach Feierabend gemütlich seine Pfeife, während die Frau Kohlen oder Kartoffeln aus dem Keller schleppt. „Hausarbeit ist Frauensache, da brauchen wir Männer nicht zu helfen!“ Soll es so bleiben?

Eine Tabelle lehrt u. a., wie das leichtere Herz der 20- bis 30-jährigen Frauen in einer Minute 80 Pulschläge zu bewältigen, das schwerere Herz gleichaltriger Männer dagegen nur 72 gleichzeitig zu leisten hat.

Zur Ausbeutung Jugendlicher dient eine drastische Illustration: „Nur ein ganz törichter Bauer, würde ein Füllen vor einen Pflug spannen!“

24 Aussprüche von historischer Bedeutung, beleuchten im Sinne des Wortes die Eigenart der Frau, wie der Mann sie sieht, denn gleich die erste Lichttafel beginnt mit dem Ausspruch Prof. Alberts: „Alles Menschenwerk, was du um dich herum siehst, haben die Männer geschaffen.“ Helene Lange antwortet: „Wenn Frauen der Kultur nur das bringen können, was Männer bringen, so fiel eins der wesentlichsten Argumente für die Beteiligung der Frau an der Kulturarbeit fort.“ Neben dem zu Unrecht berühmt gewordenen Zitat vom „physiologischen Schwachsinn des Weibes“ prangt Goethes Meinung: „Die Frauen sind durchaus klüger als die Männer.“ Wen das kränkt, dem sei ver-raten, daß die ganze Bildfläche mit einem Riesenfragezeichen versehen ist.

Bei der Verteilung von Knaben und Mädchen der Volksschule auf bereits vorhandene Berufsschulen, kommen von 3 400 000 Knaben 1 600 000 in Berufsschulen und von 3 300 000 Mädchen nur 900 000 in Berufsschulen.

Eine Bildschau weist auf törichte Eltern: „Sollen wir das Mädel nicht auch was Richtiges lernen lassen?“ „Unsinn, sie wird ja doch heiraten.“ Die klugen Eltern sprechen: „Wir wollen Jungen und Mädel beide was Richtiges lernen lassen. Wer weiß, ob das Mädel heiratet. Und selbst wenn, . . . was sie gelernt hat, hat sie gelernt!“

Ein Holzobelisk beantwortet die Frage: „Warum ist die Frau erwerbstätig?“ Als größtes Motiv ist die wirtschaftliche Selbsterhaltung angegeben, dann folgen Gliederungen zur Erhaltung der Familie, mit den gleich starken Tendenzen: Erhaltung der Eltern und Geschwister, Zuschuß zum eigenen Haushalt. Ueberragt wird alles vom Block „Recht auf Arbeit“, der als Krönung die Steigerung der Lebensmöglichkeiten der Frau und die Entfaltung ihrer Kraft trägt.

Von Wichtigkeit ist im Tafelfeld der Hygiene für die Hausfrau, die zweckmäßige Anordnung der Küchen- und Aufwischarbeit, der Gebrauch handlicher Geräte, die rechte Körperhaltung zur Kräftersparnis. Wenn z. B. beim Wäscheaufhängen der Wäschekorb erhöht steht, wird Bücken vermieden und Kraft gewonnen.

Eine Rollvorrichtung führt in einem dreiteiligen Kiosk vor, wie die seelische Ruhe der arbeitenden Mutter gewahrt wird, wenn sie ihre Kinder versorgt weiß. Wartung durch ältere Geschwister, durch die Großmutter, durch Kinderkrippen, Kindergärten oder — wenn es die Mittel gestatten — durch eine Hausangestellte, befreit die Arbeitende von Unruhe.

Der Sinn der Sonderschau gipfelt in den Worten: „Die Frau kann sich eine gesunde Lebensführung nur sichern, wenn sie ihre Aufgaben in Familie und Beruf in Uebereinstimmung bringt.“

Dienst am eigenen Ich ist auch notwendig, daher Sorge jeder dafür, daß die vielfach belastete Frau wenigstens einen halben Tag lang wöchentlich ein wirklich freier Mensch sein darf. Ebenso wichtig sind einmal im Jahr richtige Ferien. Liegt die Hausfrau in Wochen oder sonst irgendwann krank, so wird ja auch für ihre Befreiung vom Kochen, Waschen, Nähen und Wischen gesorgt.

Die prozentuale Steigerung der im Hauptberuf tätigen Frau zeigt z. B. für die Gruppe: Verwaltung, freie Berufe, Gesundheitswesen, gerechnet von 1882 bis 1925 eine Zunahme von 434 Proz. Für dieselben Jahre verzeichnet dieselbe Gruppe für Männer trotzdem ebenfalls ein Plus von 175 Proz.

Dem Typenwandel der Frau gaben Gymnasialschülerinnen mit Zeichnungen eine satirische Note. Das blumengehende Haus-töchterchen von früher, das seine Gedankenwelt um den vorübergehenden Mann spinnt, findet Gegenstück im Mädel von heute, das ihre Blicke in die Weite schickt, noch beseelt vom Inhalt der Bücher, die ihr Hauptinteresse beanspruchen. Ein anderes Bild ist betitelt: „Gleich und gleich gesellt sich gern“, darauf zeichnet ein hypermodernes Weibchen einen Affen!

Interessant ist, daß im Katalog der IFA, allein 15 spezielle Frauenskongresse verzeichnet sind, die während der Dauer der Ausstellung dort tagen.

Wer den Saal „Die Frau in Familie und Beruf“ verläßt, wird sich der Stimmung nicht entziehen können, die überlebensgroße Plastiken in vollendeter Würde ausstrahlen: Die Mutter mit dem Säugling und das vorwärts schreitende Mädchen, sehr einfach gestaltet und doch Symbol: „Wir dienen der Zukunft!“

A. M. Resso.

Politische und wirtschaftliche Wochenschau

Dietrich, der Reichswirtschaftsminister, wurde am 26. Juni zum Reichsfinanzminister ernannt.

Die sozialdemokratische Reichstagsfraktion veröffentlichte am 24. Juni ihre Richtlinien zur Bekämpfung der Arbeitslosigkeit und Ueberwindung der Finanznot.

Die Vereinigten Elektrizitätswerke Westfalens wurden am 24. Juni in eine Aktiengesellschaft umgewandelt, mit 120 Millionen Mark Kapital. Davon übernimmt ein Bankentonsortium unter Führung der Deutschen Bank 60 Millionen und besetzt sofort 10 Aufsichtsratsposten von 20.

Der Preussische Landtag bewilligte am 25. Juni der Regierung den Etat mit 230 gegen 8 Stimmen. An der Abstimmung beteiligten sich 12 Abgeordnete mehr als nötig waren. Damit war die Obstruktion der Rechten (mit Einschluß der Volkspartei) und der Kommunisten gebrochen. Die Volkspartei stimmten zum Teil für zum Teil gegen den Etat.

Dietrichs Deckungsvorlagen. Nach der Vorlage, die die Reichsregierung dem Reichsrat unterbreitet hat, rechnet sie mit einem durch neue Einnahmen zu deckenden Fehlbetrag von 435 Millionen Mark. Dabei sind die Erhöhung der Beiträge zur Arbeitslosenversicherung um ein Prozent mit einem Ertrag von 194 Millionen für die restlichen acht Monate des Jahres 1930 und die Ersparnisse in Höhe von 115 Millionen, die durch den Abbau der Leistungen erzielt werden sollen, bereits abgezogen. — Der Fehlbetrag setzt sich zusammen: 1. für die Arbeitslosenversicherung 174 Millionen, 2. für die Krisenfürsorge 161 Millionen, 3. Mindereinnahmen bei den Steuern 150 Millionen. — Dieser Fehlbetrag soll folgendermaßen gedeckt werden: 1. Zuschlag zur veranlagten Einkommensteuer 58 Millionen, 2. Ledigensteuer 110 Millionen, 3. Reichshilfe der Personen des öffentlichen Dienstes 135 Millionen, 4. Verfürgung der Frühen bei der Tabaksteuer 48 Millionen, 5. Aus Haushaltsabstrichen 135 Millionen. — In einer zweiten Vorlage über eine Reichshilfe der Personen des öffentlichen Dienstes und über einmalige außerordentliche Zuschläge zur Einkommensteuer im Rechnungsjahr 1930 sind die Bestimmungen über die Reichshilfe, den Zuschlag zur Einkommensteuer, der höheren Einkommen und über den Zuschlag zur Einkommensteuer der Ledigen enthalten. Alle Maßnahmen sind für die Zeit bis zum 31. März 1931 befristet. — Von der Reichshilfe werden erfasst: 1. Die Beamten und Angestellten des Reiches, der Länder und der Gemeinden, der sonstigen öffentlich-rechtlichen Körperschaften, der Reichsbahn und die Soldaten. — 2. Die Beamten und Angestellten der Unternehmungen, die überwiegend in öffentlicher Hand sind. — 3. Die Pensionäre, Wartestandsbeamten und Empfänger von Hinterbliebenenbezügen der zu 1. und 2. bezeichneten Körperschaften. — 4. Diejenigen höheren Beamten und Angestellten der zu 1. und 2. genannten Körperschaften, die nicht der Arbeitslosenversicherung unterliegen und Bezüge mit mehr als 8400 Mk. jährlich erhalten, soweit sie nicht schon nach 1 bis 3 herangezogen werden. — Die Festbesoldeten der Privatwirtschaft sollen also von der Reichshilfe nicht erfasst werden. Ebenso ist die ursprüngliche Absicht der Heranziehung der Aufsichtsratsmitglieder mit ihren Tantiemen und Gratifikationen fallen gelassen worden. Die Abgabe soll für alle Einnahmen erhoben werden, die nach dem 31. Juli 1930 gewährt werden.

Das Rheinland ist frei. Am 30. Juni sind die letzten Besatzungstruppen aus dem Rheinlande abmarschiert. Damit ist Deutschland von jeglicher Invasion wieder frei!

Aus den deutschen Gewerkschaften

Vier Jahrzehnte Fabrikarbeiterverband. Der Verband der Fabrikarbeiter Deutschlands feierte am 29. Juni 1930 sein 40jähriges Bestehen. Seine Gründung erfolgte in jenen Tagen, als das Sozialistengesetz aufgehoben wurde, das alle früheren Versuche der gewerkschaftlichen Organisation der „Fabrik- und Handarbeiter“ zerstört hatte. In einer ganzen Reihe von Industriestädten kam es zur Gründung lokaler Fachvereine für Fabrik- und „nichtigereberliche“, d. h. ungelernete Arbeiter, die nach einer zentralen Zusammenfassung strebten. Zu diesem Zweck berief Genosse August Lohrberg, Hannover, später Geschäftsführer des „Volkswille“, einen „Kongreß aller nichtgewerblichen Arbeiter Deutschlands“ nach Hannover ein. Auf diesem Kongreß, der vom 29. Juni bis 2. Juli 1890 tagte, wurde der „Verband der Fabrik-, Land- und gewerblichen Hilfsarbeiter Deutschlands“ — so lautete damals sein Name — gegründet. Den Gründern der Organisation schwebte damals eine allgemeine Berufsorganisation der ungelerneten Industrie- und Landarbeiter als organisatorisches Ziel vor, aber der Verbandstag 1906 in Leipzig beschloß die Beschränkung des Verbandes auf ein bestimmtes Organisationsgebiet und damit den Verzicht auf alle sonstigen Hilfsarbeiter und die Landarbeiter. (Hierfür endgültig erst 1908.) Das Werbegebiet umfaßte vornehmlich die von der kapitalistischen Entwicklung neugeschaffenen Industrien, die wenige oder gar keine Berührungspunkte mit den traditionellen Handwerksberufen hatten. Hierzu gehörten die chemische Industrie, die Gummi- und Abfettindustrie, die Kaliindustrie, die Zementindustrie, die Herstellung von Pflanzensäuren und Margarine, die Rübenzucker- und Konservenerstellung usw. Andere alte Gewerbe, wie die Papiererzeugung und Tapetenherstellung, die Jahrtausende alte Siegelindustrie und alle jene Industriezweige, die unter dem Begriff „Grobkeramik“ zusammengefaßt sind, waren durch die Maschinentechnik und die Anwendung der Entdeckungen der chemischen Wissenschaft völlig revolutioniert, so daß in vielen Fällen Zusammenhänge mit der früheren Erzeugungsart nur noch im Rohstoff und im Verwendungszweck bestehen. Eine berufliche Vorbildung, eine handwerksmäßige Lehre verlangten die in diesen Industriezweigen angewandten Produktionsmethoden nicht. Die gewerkschaftliche Arbeit der jungen Organisation war außerordentlich schwer. Was die Werbearbeit unter den Gelehrten sehr erleichtert, die Erziehung zum Beruf durch die handwerksmäßige Lehre, die überlieferten Handwerksitten, die Berufsolidarität, fiel bei der Organisation der Ungelernten fort. Auf solche Organisationschwierigkeiten sind ja auch die früheren Verbände der Gemeindegewerkschaften und der Transportarbeiter gestoßen und sie mußten diese ebenfalls erst nach und nach überwinden. Der Fabrikarbeiterverband ist heute nicht mehr der Verband der Ungelernten schlechthin, sondern die gewerkschaftliche Industrieorganisation für die Arbeiterschaft bestimmter Industrien. In seiner Gewerk-

schafspolitik hat er stets den organisatorischen Notwendigkeiten gewerkschaftlicher Kräftekonzentration Rechnung getragen. Seine Pionierarbeit unter den Landarbeitern hat den Grundstock zu der modernen Landarbeiterorganisation gelegt. Die Ergebnisse seiner Arbeit auf diesem Gebiete waren gewissermaßen der Kapitalfonds, mit dem der „Deutsche Landarbeiter-Verband“ seine Organisationsaufbahn beginnen konnte. Auch anderswo kämpfte er als gewerkschaftliche Avantgarde. Durch den Anschluß des Verbandes der Blumenarbeiter und des Verbandes der Tapetendrucker ermöglichte er diesen Gruppen, den gewerkschaftlichen Kampf mit größerer Energie zu führen als bisher. Am 1. August 1926 erfolgte der Zusammenschluß mit den beiden alten Fachverbänden der Glas- und Porzellanarbeiter in der Form des Keramischen Bundes. Die Verschmelzung hat sich nach dem Urteil aller Beteiligten bewährt. An der Spitze des Fabrikarbeiterverbandes steht immer noch August Brey, den 1890 der Ortsverein Hannover im Auftrage des „Kongresses aller nichtgewerblichen Arbeiter“ als Vorsitzenden wählte. — Aus der kleinen, wenige hundert Mitglieder umfassenden Organisation des Jahres 1890 ist ein fast eine halbe Million Mitglieder umfassender Verband geworden, der sich starke Verdienste um die Hebung der sozialen Lage der Fabrikarbeiter erworben hat.

Verbandsstag der Textilarbeiter. Der Deutsche Textilarbeiterverband hielt in der Woche vom 16. bis 21. Juni letzten 17. ordentlichen Verbandstag in Stuttgart ab. Dem Verbandstag voraus ging ein Reichsjugendtreffen, zu dem sich 2000 Jugendliche aus allen Teilen des Reichs eingefunden hatten. Ein Fackelzug von etwa 3000 Teilnehmern, der sich von Bergeshöhe nach der Stadt bewegte, zählte zu den imposantesten Kundgebungen, die je stattgefunden haben. Neben einer großen Anzahl von Gästen und internationalen Vertretern war auch der derzeitige englische Kriegsminister, Tom Shaw, als Sekretär der Textilarbeiter-Internationale anwesend. Der Bericht des Vorstandes wurde vom Verbandsvorsitzenden Karl Schrader gegeben. Im vergangenen Jahre hatten nur zwei Drittel der Mitglieder die Möglichkeit, voll beschäftigt zu sein. Trotzdem ist eine außerordentlich günstige Entwicklung sowohl der Mitgliederziffer als auch der finanziellen Grundlage zu verzeichnen gewesen. Die günstige Entwicklung der Finanzen wurde besonders vom Verbandskassierer Schöller hervorgehoben, und dies, obwohl der Verband im vergangenen Jahre 3,9 Millionen Mark für Streikunterstützung und 2,4 Millionen Mark für Erwerbslosenunterstützung aufgewandt hat. Die Hauptkasse hat im Vorjahr eine Einnahme von 12,8 Millionen Mark gehabt. Die Beitragsleistung ist um ein Bedeutendes gestiegen. Dieses ist besonders beachtenswert, weil 58 Proz. der Mitglieder Frauen sind. Welche Kämpfe in der Textilindustrie zu verzeichnen waren, geht aus dem Bericht hervor, den Feinhalz, Berlin, erstattete. In den vergangenen drei Jahren hatte der Textilarbeiterverband 228 Streiks und Aussperrungen mit 268 343 Beteiligten und 6 133 462 verlorenen Arbeitstagen durchzuführen. Ueber die Tätigkeit des volkswirtschaftlichen Sekretariats berichtete Rödel, Berlin. Das Thema Sozialpolitik, Arbeiterinnen- und Jugendbewegung behandelte die Leiterin des Arbeiterinnensekretariats, Niewiera. Aus ihrer Rede konnte man entnehmen, welche Kämpfe der Verband um die Ausnahmebestimmungen für die Frau für Wöchnerinnen usw. geführt hat. Auf die gute Ausgestaltung der Verbandszeitung konnte der Redakteur Dressel hinweisen, „Der Textilarbeiter“ gehört zweifellos zu den besten Gewerkschaftsblättern. Das Bevölkerungsproblem im Kapitalismus wurde vom Genossen Dr. Ernst Nöbling in fesselnder Weise behandelt. Der Verbandstag beschloß die Einführung einer Invalidenunterstützung. Diese paßt sich dem an, die andere Verbände gleicher Art bereits eingeführt haben. Zur Finanzierung dieser Unterstützung wurde ein Extrabeitrag von 10 Pf. beschlossen. Der Rationalisierung in der Textilindustrie, über die das Vorstandsmitglied Rödel berichtete, wurde ein breiter Raum gewidmet. Eine entsprechende Entschärfung wurde angenommen. Bei den Vorstandswahlen wurde der bisherige Vorstand gegen zwei Stimmen wiedergewählt und der Kollege Schönleben, Augsburg, als Hauptkassierer neu hinzugewählt.

mit erschreckender Deutlichkeit hervorzugehen, daß das Risiko in unserer Wirtschaft immer mehr auf die Schultern der Arbeiterschaft abgewälzt wird. Aus der nachfolgenden Abschlußstatistik, die ungefähr tausend Aktiengesellschaften erfaßt und die Ergebnisse mit dem Jahre 1928 vergleicht, ist zu ersehen, daß der Rohgewinn genau wie im Vorjahre 16 Proz. des Aktienkapitals beträgt. In dieser Rechnung sind die Banken mit enthalten; ohne Banken liegt der Rohgewinn sogar mit 17,1 Proz. über der Vorjahrszahl von 16,6 Proz. Der Reingewinn sämtlicher Aktiengesellschaften bleibt allerdings mit 9,8 Proz. hinter der Zahl von 1928 um 0,7 Proz. zurück, aber das Minus verringert sich von 0,7 Proz. auf 0,68 Proz., wenn man die Banken wieder herausläßt. Auch die insgesamt gezahlten Dividenden haben sich gegenüber 1928 verringert: 1928: 8,2 Proz.; 1929: 7,8 Proz. Hier also ist ein gewisser Rückgang zu verzeichnen. Wie ist dieser aber zu erklären? Der Rohgewinn ist gestiegen, der Reingewinn gefallen, also müssen die Beträge irgendwo stecken. Wir sehen, daß das Unkostenkonto nicht in dem Maße sich vermindert hat, wie das zu erwarten gewesen wäre, zum Teil ist es gestiegen. Sollte etwa ein Teil der Gewinne über das Unkostenkonto ausgeschüttet worden sein? Wir wissen ja, daß aus dem Dividendenkapitalismus mit der Zeit eine Art Gehaltskapitalismus geworden ist, daß die großen Aktionäre Pöstchen als Aufsichtsrat usw. erhalten und daß auf diese Weise ihnen eine schöne Superdividende zugeflickt wird. Oder sollte ein Teil der Gewinne auf Anlagekonto verschwinden dadurch, daß man eingebrachte Einlagen überbewertet, den Einbringern also eine Dividende im voraus zahlt? Nach außen würde es dann so aussehen, als ob es den Aktiengesellschaften und damit den Kapitalisten schlecht geht. Aus den angegebenen Zahlen ist jedenfalls eine starke Stabilität zu entnehmen. Die Abschreibungen haben sich erhöht und sind von 5,5 Proz. im Jahre 1928 auf 6,1 Proz. gestiegen. Daraus ist zu ersehen, daß die Stabilität also nicht auf Kosten der Abschreibungen erzielt worden ist. Desgleichen sind die offenen Reserven einschließlich der Banken von 27 auf 27,8 Proz. gestiegen. Wie weit die stillen Reserven gemindert oder gestärkt worden sind, läßt sich natürlich aus den gegebenen Zahlen nicht ersehen. Wir glauben aber nicht daran, daß die Gesellschaften nur um den Schein zu wahren, gute Bilanzen gemacht haben, sondern sind überzeugt, daß sie schlechte Bilanzen ausgewiesen hätten, wenn es irgend möglich gewesen wäre. Denn Allesmacherei ist augenblicklich Geschäft, schlechte Bilanzen lassen sich innerpolitisch gut verwenden, mit schlechten Dividenden kann man erreichen, daß eine geistige Reichsregierung der „daniederliegenden“ Wirtschaft durch Steuererlasse und sonstige Zuwendungen hilft.

Die Rentabilität der deutschen Aktiengesellschaften 1929

Gewerbebezug		Aktien-	Re-	Rein-	Divi-
		kapital	serven	gewinn	dende
In tausend Mark					
Land- und Forstwirtschaft	1929	9 630	324	564	453
	1928	6 286	318	193	100
Bergbau und Hüttenwesen	1929	346 032	44 658	31 496	25 884
	1928	323 070	49 455	27 837	24 192
Steinindustrie	1929	19 593	2 694	1 474	1 462
	1928	19 753	4 242	1 603	1 534
Metall- und Maschinenindustrie	1929	149 157	25 280	16 372	12 377
	1928	136 868	22 463	26 349	10 774
Chemische Industrie	1929	197 628	32 047	24 318	17 201
	1928	192 237	23 374	25 161	16 734
Gummiwaren und Elektrotechnik	1929	14 722	2 090	1 496	1 105
	1928	14 574	1 867	1 188	845
Gas, Wasser, Elektrizität	1929	264 814	36 348	19 967	17 231
	1928	223 969	27 643	18 957	19 420
Textil- und Bekleidungsindustrie	1929	163 197	54 270	13 697	9 886
	1928	163 005	48 915	19 956	14 773
Papier- und graphisches Gewerbe	1929	26 155	4 150	2 089	1 948
	1928	28 755	3 846	1 406	2 191
Baugewerbe und Holzbearbeitung	1929	8 994	1 254	604	380
	1928	8 444	1 131	651	53
Verkehr, Schifffahrt, Nachrichten	1929	499 301	90 328	33 611	32 044
	1928	493 097	93 481	32 937	33 772
Banken sonstige	1929	1 055 314	493 543	140 078	102 727
	1928	260 184	44 130	16 101	12 848
Insgesamt	1929	3 012 721	331 119	295 127	235 521
	1928	2 881 416	278 785	301 428	236 210

Die Textilindustrie ragt wieder aus allen Gewerbegruppen heraus. Die Gewinne sind hier gegenüber 1928 um ein Drittel zurückgegangen. Hier sieht man wieder einmal, daß die Textilindustrie als erste auf eine Krise reagiert und als erste die Folgen einer solchen zu spüren bekommt. Infolge von Sanierungen usw. ist auch das Aktienkapital in der Textilindustrie durchweg kleiner geworden. Die Zahl der mit Verlust arbeitenden Gesellschaften beträgt 197 gegenüber von 194 im Jahre 1928. Die Summe des Verlustes beträgt 26 Millionen Mark, im Jahre 1928 28,7 Millionen Mark.

W. Pitt.

RUNDSCHAU

Die Rentabilität der deutschen Aktiengesellschaften 1929. Während die Bilanzen des Arbeitsmarktes katastrophale Zahlen aufweisen, und man annimmt, daß unsere Wirtschaft ganz daniederliegt, ist aus den Bilanzen der deutschen Aktiengesellschaften nicht das geringste von einer Wirtschaftskrise zu ersehen. Im Gegenteil, es scheint, als ob die Rendite seit 1928 gestiegen ist. Seit Jahren ist es die neue Politik des alten Kapitalismus, die Gewinne zu stabilisieren. Durch Kartelle und Trusts wird das Kapitalrisiko immer mehr ausgeschaltet. Man kann den heutigen Unternehmer als einen „Kartellrentner“ ansprechen, der seine Gewinne mit derselben Sicherheit bezieht als ein Staatspensionär, nur mit dem Unterschied, daß sie erheblich größer sein werden. Auf der einen Seite also Gleichbleiben der Kapitalrendite, ja sogar ein Steigen, auf der anderen Arbeitslosigkeit. Daraus scheint

BRIEFKASTEN

Ratibor, Würzburg u. a. Zum wiederholten Male sei gesagt, daß Berichte über Festlichkeiten und Feiern in den Ortsgruppen in die „Gewerkschaft“ nicht aufgenommen werden können.

Verlagsanstalt „Courier“ GmbH, des Gesamt-Verbandes, Berlin SO 16, Michaelstraße 42
Verantwortlicher Redakteur Emil Dittmer, Berlin SO 36, Schlegelstraße 42